Courier.

Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter Deutschlands.

Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags. Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1 Mk. Postzeitungsliste: Nr. 1658. Verantwortl. Redakteur und Verleger: O. Schumann, Berlin.

Redaktion und Exped.: Berlin SO., Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Telephon: Amt VII, 3348. Geöffnet: 9—1 Uhr Vorm., 3—7 Uhr Nachm., Sonntags geschl. Redaktionsschluß am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.

Annonzen: die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pf. Im Abonnement entsprechender Rabatt. Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 5. | Berlin, den 2. März 1902 | 6. Jahrg.

Zeichen der Zeit.

Kaum 30 Jahre sind es her, daß die ersten deutschen Arbeitergewerkschaften auf der Grundlage moderner Anschauungen gegründet wurden. Ferdinand Lassalle, der furchtlose Aufrüttler der deutschen Arbeiter zum Klassenbewußtsein, war es, der den ersten Samen für fachgewerbliche Vereinigungen unter der erst dem Innungs- und Zunftzwange entronnenen Arbeiterschaft ausstreute. Deutschland war damals noch nicht Industrie-, sondern vorwiegend Agrarstaat, folgedessen waren auch große Proletariermassen noch nicht vorhanden. Dem Entwickelungsstadium und der Technik der damaligen Zeit entsprechend, waren in den sechziger Jahren die gelernten Arbeiter den ungelernten gegenüber noch vorherrschend, das Handwerk hatte sich noch nicht in diesem Maßstab zur Industrie entwickelt. Die Arbeiter schwärmten zum Theil noch für die Schönheiten der Zünfte und ihrer Einrichtungen, obwohl deren vollständige Beseitigung nur mehr eine Frage kurzer Zeit war. Vom Klassenbewußtsein war unter der großen Masse der Arbeiter noch fast garnichts zu entdecken. Als das liberale Manchesterthum ans Regierungsruder kam, wurde die Gewerbefreiheit zur Wirklichkeit und damit war nach damaliger Anschauung die ewige Seligkeit bereits erreicht. Mit der Gewerbefreiheit kam für die Arbeiter auch der Schein eines Koalitionsrechtes und damit war die Möglichkeit gegeben, fachgewerbliche Vereinigungen zu schaffen. Es würde nun zu weit führen, an dieser Stelle auf die nunmehr folgende Entwickelung der gewerkschaftlichen Organisationen des Näheren einzugehen. Unendliche Schwierigkeiten thürmten sich den jungen Arbeiterorganisationen gegenüber auf und mehr als einmal schien es, als ob die zarte Saat zu Grunde gehen müßte. Kaum daß die erst gegründeten Vereinigungen ein Lebenszeichen von ihrer Thätigkeit gaben, waren auch schon Unternehmer und Behörden da, um mit allen Mitteln diese Thätigkeit zu verhindern, sie lahm zu legen und wirkungslos zu machen. Was die wenigen klassenbewußten Arbeiter damals für Chikanen zu erleiden hatten, welche Opfer sie für ihren Idealismus bringen mußten, davon hat die heutige Generation keine blasse Ahnung mehr.

Hundert mal und öfter wurden Fachvereine seitens der Arbeiter errichtet und ebenso oft wurden diese brutal niedergeschlagen, aufgelöst, die von dem Schweiße der Arbeiter zusammengesparten Groschen beschlagnahmt. Die Führer wurden gemaßregelt, ausgewiesen, eingesperrt und mit ihren Familien dem Hungertode preisgegeben und trotzdem haben nur wenige von ihnen die Flinte ins Korn geworfen. Eine Sisyphus-Arbeit schien es zu sein, vermittelst der Arbeiterorganisationen gegen die herrschenden Gewalten anzukämpfen und doch ist diese Arbeit schließlich, freilich erst nach Jahrzehnten und nachdem viele der besten Streiter gefallen waren, von Erfolg gewesen.

Wer einer gewerkschaftlichen Organisation angehörte, war verfehmt, wurde überall hinausgemaßregelt und fand nur schwer wieder Arbeit. Wohl gestatteten die Gesetze dem deutschen Arbeiter sich zu organisiren, aber wehe dem, der dieses auf dem Papier stehende Recht in die Praxis umsetzen wollte. Der harte Kampf stählte aber die Nerven der Arbeiter, langsam aber sicher drang die Organisation ein, ihre Vorkämpfer standen in vielen Betrieben noch „verdeckt", d. h. der Unternehmer wußte nicht, daß er organisirte Arbeiter beschäftigte, die Sache wurde geheim gehalten. Dabei entwickelte sich die Großindustrie immer mehr, das Handwerk mußte das Feld räumen, die Massen der arbeitenden Proletarier wurden immer größer.

So standen die Dinge, als mit dem Blut- und Eisenkanzler 1890 auch das Arbeiterknebelungsgesetz fiel. Nun erst war etwas freie Bahn für die Gewerkschaften geschaffen. Die günstige Situation ausnützend, sehen wir auch im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts, daß die Arbeiterorganisationen sich zu ungeahnter Blüthe und Kraft entfalten. Die Zahl der organisirten Arbeiter stieg von Jahr zu Jahr um Hunderttausende und am Schlusse des Jahrhunderts war die erste halbe Million bereits um Zweihunderttausend überschritten.

Diese Zahlen und die von ihnen repräsentirte Macht wirkten derart auf die kapitalistische und die dieser anhängliche Gesellschaft, daß man dort einsehen lernte, daß die alten Mittel gegen die Arbeiterorganisationen, Polizei, Gendarmen, Gefängniß und Maßregelung durchaus verfehlt waren und ihren Zweck niemals erreichen werden. Diese Erkenntniß zwang die moderne bürgerliche Gesellschaft zu einer anderen Taktik bezüglich der Arbeiterklasse. Man begann, was man früher strenge abgeleugnet, lothweise zuzugeben, daß denn doch noch nicht alles Gold sei, was in der gegenärligen Weltordnung glänzt. Man fürchtete die Macht der geeinten Arbeiter und deshalb ersuchte man jetzt das Volk, „den großen Lümmel", wie Heinrich Heine so treffend sagt, durch allerlei Palliativ-Reförmchen einzulullen. Auf dem Papier nahm sich der sozialpolitsche Quark sehr schön aus, in der Praxis freilich, ja, Arbeiter, das ist auch ganz etwas anderes.

Allerhand Leute kamen zur Einsicht, daß für die Arbeiterklasse etwas gethan werden müsse, solle diese den Glauben an die Vortrefflichkeit der bestehenden Gesellschaftsformen nicht ganz verlieren. Da gab es sozialreformirende Fürsten und Staatsmänner, ja, sogar der römisch-katholische Papst, das Oberhaupt der mächtigsten religiösen Vereinigung des Erdballs, mußte der herrschenden Strömung Rechnung tragen und in Sozialreform machen. Seine Arbeiter-Enciklika und die in derselben vorgeschlagenen Reformen sind allbekannt. Aber all die Reformen, die von den Vertretern der besitzenden Klassen den Arbeitern präsentirt wurden, waren nach dem Rezept „wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß" und damit können die Arbeiter nun mal nicht zufrieden sein.

Unter solchen Umständen konnte die moderne Sozialreform dem Wachsthum der Gewerkschaften nicht den geringsten Abbruch thun. Diese Erkenntniß scheint sich auch langsam Bahn zu brechen, denn in der neuesten Zeit beginnt man sich mit dem Bestehen der Gewerkschaften allmählich abzufinden, man fügt sich langsam in die gegebenen Thatsachen.

Selbst die preußischen Junker, der Extrakt aller Reaktionen, beginnen einzusehen, daß der Kampf gegen die Gewerkschaften ein Gleichniß in dem Kampf gegen Windmühlen findet. Die Kreuzzeitung, das Organ der konservativsten unter den Konservativen, ist bekannt als eines jener Organe, die im wüthenden Schimpfen auf die Arbeiterorganisationen nicht genug leisten konnten. Und heute? Am 9. Januar 1902 schreibt sie in ihrer sozialen Rundschau für 1901 an leitender erster Stelle:

„Wenn wir aus den Zeichen der Zeit richtig zu lesen verstehen, läuft überhaupt die ganze Entwickelung auf eine möglichst alle Betriebe umfassende Organisirung der beiden sich gegenüberstehenden Interessen-Gruppen hinaus. Je mehr sich die Arbeitgeber entweder zum Zwecke der Preisregulirung oder um ihren bisherigen Einfluß auf Lohn und Arbeitszeit nicht an die Arbeiter zu verlieren, in Ringen, Trusts, Kartellen, Unions und anderen Vereinigungen zusammenthun, desto schneller folgen die Arbeiter ihrem Beispiel. Auf Druck folgt Gegendruck.

Von einer höheren Warte aus betrachte braucht diese zunehmende Bildung starker Sonderorganisationen, wie sie im vergangenen Jahre zweifellos Fortschritte gemacht hat, gar kein Unglück zu sein. Haben wir es nicht kürzlich erlebt, daß im Buchdruckergewerbe zwischen den Organisationen der Prinzipale und der Gehülfen ein neuer Tarifvertrag über Lohnsätze und Arbeitszeit zu Stande gekommen ist, welcher den sozialen Frieden in den betheiligten Kreisen auf lange Jahre hinaus gewährleistet? Auch der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe geht, wie die Erörterungen auf der letzten Generalversammlung in Frankfurt a. M. darthun, mit dem Plane um, die in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen zu langfristigen Tarifgemeinschaften zu veranlassen, wie sie im Berliner Baugewerbe bekanntlich seit mehreren Jahren bestehen. Zur Vorbeugung von Streitigkeiten ist hier eine aus beiden Streittheilen zusammengesetzte Achtzehner-Kommission geschaffen worden, welche entstehenden Differenzen von vornherein die gefahrbringende Spitze abzubrechen vermag. Auch sonst sind derartige Tarifvereinbrungen im verflossenen Jahre mehrfach zu Stande gekommen. Ihr Werth springt zu deutlich in die Augen, als daß er nur einen Augenblick verkannt werden könnte. Neben der Gewährleistung ruhiger, friedlicher Arbeitsverhältnisse bieten sie namentlich auch eine äußerst werthvolle Sicherheit für die Zukunft. Der Unternehmer ist in der glücklichen Lage, auf Jahre hinaus seinen Kostenanschlägen und Kalkulationen von vornherein bekannte Arbeitslöhne zu Grunde zu legen, und der Arbeiter wieder ist dadurch in den Stand gesetzt, zu übersehen, mit welchem Arbeitsverdienst er bei Aufstellung seines Haushaltsplanes rechnen darf. Hierdurch wird Ordnungssinn und Spartrieb gefördert.

Von manchen Seiten wird der Ausgestaltung des Organisationswesens auf wirthschaftlichem Gebiete auch eine wichtige Rolle bei Regulirung der Arbeitsvertheilung auf die bereitstehenden Arbeitskräfte zugewiesen. Während gegenwärtig bei Krisen infolge von Ueberproduktion die überschüssigen Arbeiter einfach aufs Pflaster geworfen werden, sollen die Unternehmer alsdann gehalten sein, unter Einschränkung der täglichen Arbeitszeit möglichst viele ihrer Angestellten weiter zu beschäftigen. Freilich wird der Lohn des einzelnen dadurch etwas verringert, aber dies Opfer bringt der einzelne, eben im Interesse der Gesammtheit, zur Verringerung der Zahl der Arbeitslosen. Der einzelne Unternehmer wird schon deshalb keine Benachtheiligung erfahren, weil eben alle Berufsgenossen desselben Gewerbszweiges den gleichen Bedingungen unterliegen und, ähnlich wie die Unternehmer bei dem bereits bestehenden Kohlen- und Koaksyndikat in ihren Organisationen einen Ausgleich in der Erzeugung und im Absatz herbeizuführen in der Lage sind. Auch die Arbeitslosenversicherung würde nach einem kürzlich gemachten Vorschlage in den Unternehmertrusts eine werthvolle Stütze finden können. Bei hochgehenden Löhnen sollen diese danach verpflichtet sein, einen Theil des Arbeitslohnes zu einem Reservefonds zurückzulegen, aus welchem bei niedergehender Konjunktur ein Zuschuß zu den dann niedriger werdenden Löhnen zu zahlen wäre, so daß also eine gewisse Stabilität in der Lohnbewegung eintreten könnte, die jedem sorgsamen Hausvater die ordentliche Wirthschaftsführung erleichtern würde. Wenn dies alles auch zunächst nur als Zukunftsmusik gelten kann, so zeigt es doch, daß alles im Wirthschaftsleben heute auf eine Vereinigung hindrängt, und daß den künftigen Organisationen der Arbeit und des Kapitals große Aufgaben gestellt und an sie große Erwartungen geknüpft werden.

Daß nur starke, sich gegenseitig gleichwerth erscheinende Organisationen in der Lage sind, ihre wirthschaftlichen Beziehungen zu einander auf gewisse Zeiträume festzulegen, liegt auf der Hand. Einem schwachen Verbande würde der stärkere die Friedensbedingungen einfach diktiren. Daß dies keinen Werth haben würde, ergiebt sich von selbst.

Ueber die Mitgliederzahl der einzelnen Gewerkschaften lassen sich die Abschlüsse naturgemäß erst einige Zeit nach Ablauf des Jahres zusammenstellen. Nach den im Laufe des vorigen Jahres bekannt gewordenen Ziffern belief sich die Zahl sämmtlicher in Gewerkschaften organisirten Arbeiter auf weit über eine Million. Den Vogel schießen in Bezug auf die Mitgliederstärke natürlich die sozialdemokratisch geleiteten Organisationen mit insgesammt rund 690 000 (i. J. 1899: 596 000) Arbeitern ab. Dann kommen die christlichen Gewerkschaften mit etwa 160 000 (1899: 152 000), die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine mit etwa 92 000 (1899: 86 800) und etwa 55 000, welche in sog. wilden, d. h. keiner dieser Gruppen angehörenden Vereinen organisirt sind. Mit den Mitgliedern der Evangel. Arbeitervereine, also welche zum Theil dem Arbeiterstande angehören, haben wir es in Deutschland mit mehr als 1 Million Arbeiter zu thun, welchen in wirthschaftlichen und sozialen Dingen ein starker Rückhalt in ihrem Verbande zur Verfügung steht. Vergegenwärtigen wir uns noch, daß allein die 58 sozialdemokratischen Zentralverbände (zum Unterschied von den sogen. Lokalorganisationen) im Jahre 1900 über einen Kassenbestand von 7 745 901 Mk. (1899 etwa 5½ Millionen) verfügten, während 9 454 075 Mk. Einnahmen 8 088 021 Mk. Ausgaben gegenüberstanden, so fängt man an, die gewaltige Bedeutung des Gewerkschaftswesens zu begreifen, das, nachdem es einmal von der Gesetzgebung anerkannt ist, sich jetzt nicht mehr beseitigen, sondern nur noch in geordnete Bahnen leiten läßt, in denen es nicht bloß zum Wohle der Mitglieder, sondern auch zum Wohle des Staates und des Vaterlandes fruchtbar werden kann."

So das Organ der altpreußischen Junker und Adeligen, an dessen Kopf die Devise steht: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland".

Die Macht der Thatsachen lernt begreifen und verstehen, auch dort, wo sonst nicht der gute Wille dazu vorhanden ist.

Auch Herr Hilbk, der Vertreter des Zentral-Verbandes der Industriellen und politischer Erbe Stumms, hat im Reichstage vor ganz wenigen Tagen die Nützlichkeit der Gewerkschaften zu Zeiten wirthschaftlichen Niederganges zugeben müssen.

Der als Vater der Zuchthausvorlage bekannte Graf Posadowsky, der gewiß erhaben ist über den Vorwurf, ein Freund und Förderer der Gewerkschaften zu sein, der bei keinem Kapitalisten des deutschen Reiches im Verdachte steht, die Interessen der besitzenden Klassen nicht mit allen Mitteln wahrzunehmen, dieser Mann hat im Reichstag kürzlich die Worte gebrauchen müssen: „Wenn die gewerkschaftlichen Vereine so ihre Thätigkeit auffassen, daß sie große Fonds ansammeln, um die Arbeitslosen zu unterstützen, dann erkläre ich diese Thätigkeit für segensreich und nützlich."

Es wird nicht mehr lange dauern, kein Jahrzehnt und Herr Posadowsky wird sich auch bezüglich der übrigen Thätigkeit der Gewerkschaften noch anerkennend aussprechen müssen. Dieser Minister hat konstatirt, daß Staat und Kommunen nicht im Stande seien, der herrschenden Noth der Arbeitslosen zu steuern, er hat die Aufgaben, die der Staat nicht erfüllen kann, den Gewerkschaften zur Lösung überwiesen und damit indirekt bezeugt, wie sehr er, der erbittertste Feind der Arbeiterklasse, von dem hohen Werthe der Gewerkschaften für die Arbeiter durchdrungen ist.

Alle diese Thatsachen sprechen eine deutliche Sprache für die Arbeiter selbst. Es gilt in der Zukunft dem Gegner noch mehr Achtung abzuringen, als dies bis jetzt schon der Fall ist, es gilt die Organisationen zu stärken, auszubauen und den letzten Proletarier zum Anschluß zu veranlassen.

Mehr als fünf Millionen organisationsfähiger Arbeiter waren bereits im Jahre 1895 laut Ausweis der Gewerbezählung vorhanden, diese Zahl hat sich bis heute auf mindestens 6 Millionen gesteigert, aber nur eine Million ist in den Gewerkschaften und Fachvereinen, in den Arbeitervereinigungen der verschiedensten Richtungen organisirt, fünf Millionen stehen noch jeder Organisation fern.

Die Zahl der für unsere Organisation, den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, in Betracht kommenden organisationsfähigen Kollegen und Kolleginnen betrug schon 1895 mehr als Hunderttausdachtzigtausend und sie hat sich in den letzten 6 Jahren in rapider Weise vermehrt. Dennoch zählt unser Verband nur 18 000 Mitglieder, also noch nicht ganz 10 pCt. unserer Berufskollegen sind organisirt. Da ist noch eine Riesenarbeit zu leisten, eine Arbeit, die nur bei Anspannung aller verfügbaren Kräfte nennenswerthes schaffen kann. Und wieder mahnen wir deshalb heute unsere Kollegen, ihre ganzen Kräfte in den Dienst der guten Sache zu stellen, damit unser Verband ein würdiges Glied in der Kette der allgemeinen Gewerkschaftsorganisation bilde.

Das Wohlergehen der deutschen Arbeiter, ihre Aufwärtsbewegung in der menschlichen Gesellschaft, die Gestaltung ihres Soll und Haben hängt von der Stärke und der Macht ihrer gewerkschaftlichen Organisationen ab.

Der Kampf um die neueste Berliner Polizeiverordnung

dauert fort. Die Fuhrherren können es nun einmal absolut nicht verwinden, daß ihre Kutscher jetzt schon durch Anbringung fester Sitze und gut wirkender Bremsen auf den Wagen vor Unfällen wenigstens einigermaßen geschützt werden sollen. Wir haben bereits darüber berichtet, daß der Polizeipräsident v. Windheim die Fuhrherren mit ihrem Gesuch, die Verordnung nicht in Kraft treten zu lassen, gründlich abblitzen ließ, und nunmehr liegt auch die Antwort des Ministers des Innern auf die diesbezügliche Eingabe unserer Herren Unternehmer vor. Sie lautet:

„Auf die Vorstellung vom 31. Oktober v. Js. erwidere ich dem Vorstande, daß ich nach Prüfung der Sache keinen Anlaß finde, eine Abänderung der von dem hiesigen Königl. Polizeipräsidenten unter dem 17. Mai 1901 erlassenen Polizeiverordnung:

„betreffend die Anbringung von festen Kutschersitzen und den Bremsen an den Fuhrwerken"

in dem beantragten Sinne herbeizuführen.

Die Polizeiverordnung ist im Interesse der Sicherheit des Verkehrs auf den hiesigen Straßen erforderlich, auch ist bei der Bestimmung des Zeitpunktes ihres Inkrafttretens neben den Verkehrsinteressen auf die der Fuhrwerksbesitzer hinreichend Rücksicht genommen worden."

Das ist zwar deutlich, dennoch geben sich die Fuhrherren oder vielmehr deren Vertretung, die Fuhrherren-Innung, damit nicht zufrieden. Sie hat nunmehr zum letzten Rettungsanker gegriffen und ein Immediat-Gesuch an den Kaiser gerichtet, nur um den Termin des Inkrafttretens der Polizeiverordnung hinauszuschieben. Wir bezweifeln wohl mit einiger Berechtigung, daß dieses letzte Hilfsmittel von Erfolg für die Herrschaften sein wird. Die Fuhrherren beklagen sich in dieser Eingabe bitter darüber, daß man auf sie, die doch „durchwegs national gesinnte Männer seien und mit zu den Stützen des Thrones gehörten", so wenig Rücksicht nehmen will.

Die Begründung der Eingabe läßt natürlich in sachlicher Beziehung mehr als zu wünschen übrig.

Daß die Zeit von mehr als 10 Monaten zur Anbringung der verlangten Sitze zu kurz war, begründet die Innung damit, daß auch die Straßenbahn, obwohl schon vor 1½ Jahren dazu aufgefordert, dennoch bis jetzt noch nicht an allen Wagen Schutzvorrichtungen angebracht habe. Mit der Lodderei bei der Straßenbahn wollen also die Fuhrherren die Nothwendigkeit eines Patentes auf Bummelei für sie begründen. Das Ding ist wahrlich nicht schlecht. Die Innung erlaubt sich weiter, zu behaupten, daß die Verordnung vom grünen Tisch aus erlassen sei, ohne daß die Rathschläge der Fachleute (welcher? D. R.) genügend berücksichtigt worden seien. Sie hätte auch widersprechende und ungenaue Bestimmungen. Weiß der Teufel, was noch für Untugenden die Innungszöpfler unter Führung des Obermeisters Beck an der Verordnung entdeckt haben.

In Punkto Anschauung der Verordnung sind wir nun mal entgegengesetzter Meinung. Die Herren Innungsmeister sind eben um gut 150 Jahre zu spät auf die Welt gekommen und da ist es ihnen nicht sehr zu verdenken, wenn sie sich dem Zeitalter des Dampfes und der allbeherrschenden Elektrizität nicht so leicht anzupassen vermögen. Wir sind gewiß nicht im Verdacht, so gute Freunde der Polizei zu sein, daß wir alle ihre Verordnungen gut heißen, hier hat sie aber mal den Nagel auf den Kopf getroffen, hier hat sie durchaus nicht vom grünen Tisch aus dekretirt, sondern endlich einer Schlamperei und Nachlässigkeit der Fuhrherren ein Ende gemacht, die tausende und abertausende Unglücksfälle bereits im Gefolge gehabt hat. Wenn die Fuhrherren nur ein Fünkchen Gewissen hätten, brauchte es zu einer Verordnung gar nicht zu kommen, dann hätten sie längst dafür gesorgt, daß Gesundheit und Leben ihrer Kutscher nicht unnöthigerweise den größten Gefahren ausgesetzt werden.

Aber Gesundheit und Leben ihrer Arbeiter ist den meisten Fuhrherren leerer Schall, der Geldbeutel allein, der klingende Mammon ist es, für dessen Mehrung sich die Herren interessiren. Für einen Kutscher, der Dank der Nachlässigkeit des Fuhrherren seine gesunden Knochen demselben geopfert, für einen solchen Kutscher giebt es zehn andere, die nichts kosten, und so behält man lieber die paar Pfennige für Bremsen und feste Sitze in der Tasche.

So sieht die echte Unternehmer-Humanität aus, merkt Euch das, Ihr Transportarbeiter!

Unsere Fuhrherren gehen noch weiter, sie scheuen sich nicht, sozialpolitische Einrichtungen in den Dienst ihres nimmersatten Geldsacks zu stellen. Die Unfallversicherung ist seinerzeit geschaffen worden, um armen Arbeitern, die ihre gesunden Knochen im Dienste des Kapitals gelassen, eine Stütze zu sein. Die erste und Hauptaufgabe der Berufsgenossenschaften ist, durch praktische Vorkehrungen Unglücksfälle so viel als möglich zu verhüten. Die Fuhrwerksberufsgenossenschaft hat also die Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch geeignete Vorkehrungen Unfälle im Fuhrwerksbetriebe so viel als möglich vermieden werden. Sie hätte schon längst die Behörden veranlassen müssen, daß allerorts derartige Polizeiverordnungen durchgeführt wurden, wie dies jetzt in Berlin der Fall ist. Die Fuhrwerksberufsgenossenschaft hätte die ihr angehörigen Unternehmer zwingen können und zwingen müssen, feste Kutschersitze und gut wirkende Bremsen auf jedem Fuhrwerk anzubringen. Das hat sie nicht gethan und wir klagen sie deshalb an, die ihr vom Gesetzgeber zugewiesenen Aufgaben nur in ganz ungenügender Weise erfüllt zu haben.

Wir hätten freilich nie geglaubt, daß es Unternehmer geben könnte, die in ganz frevelhafter Weise derartige sozialpolitische Einrichtungen für ihre Privatinteressen mißbrauchen. Dies ist bei der Fuhrwerksberufsgenossenschaft geschehen. Die Sektion Berlin dieser Berufsgenossenschaft ist bei den Behörden vorstellig geworden, damit die Polizeiverordnung, betreffend die festen Kutschersitze und Bremsen, noch nicht in Kraft treten soll. Das geht denn doch über die Hutschnur. Statt wie es ihre Pflicht wäre, die Verordnung zu fördern, will die Berufsgenossenschaft das Inkrafttreten derselben noch verhindern. Ein derartiges Vorgehen wäre ganz unmöglich, wenn die Unternehmer in den Verwaltungen der Berufsgenossenschaften nicht ganz und gar unter sich wären.

Eine derartige Pflichtvergessenheit würden sich Arbeiter niemals erlauben. Wir werden dafür sorgen, daß diese Praktiken an der geeigneten Stelle zur Sprache gelangen, damit den Fuhrherren in der 4. Sektion mal ganz ordentlich auf die Finger geklopft wird.

An das Reichsversicherungsamt erlauben wir uns die offene Anfrage: Ist dem Reichsversicherungsamt bekannt, daß die Sektion Berlin der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft unter vollständiger Hintansetzung ihrer Aufgaben, gegen die neue Polizeiverordnung „betreffend die Anbringung von festen Kutschersitzen und Bremsen an den Fuhrwerken" bei den Behörden vorstellig geworden ist, obwohl gerade diese Polizeiverordnung geeignet ist, Unfälle zu verhüten?

Was gedenkt das Reichsversicherungsamt zu thun, um diesen den Grundsätzen der Unfallversicherung widersprechenden, die Berufsgenossenschaft selbst am meisten schädigenden Treiben ein Ende zu bereiten.

Wir hoffen, daß das Reichsversicherungsamt seiner Aufgabe bewußt, eine genaue Untersuchung einleiten und die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen wird. Den Leitern der Sektion 4 muß ganz gehörig das Gewissen geschärft werden.

Ein Mahnwort an die Lübecker Kollegen.

Nachdem in den Monaten November und Dezember dieses Jahres ein recht reges Leben in unserer Zahlstelle geherrscht hat, scheint dasselbe in den beiden letzten Monaten einer Kirchhofsruhe Platz gemacht zu haben. Und doch sind die Zeiten so ernst, erheischen sie ein thatkräftiges Arbeiten sämmtlicher Mitglieder. Deshalb, Kollegen, wende ich mich an Euch mit der dringenden Bitte, nachstehende Zeilen zu lesen und dieselben zu beherzigen.

Bekanntlich war seitens unserer Zahlstelle am 12. Dezember v. Js. der Beschluß gefaßt worden, im Interesse der Kollegen bei der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft die Einführung des 7 Uhr-Güterschlusses anstatt des bisher bestehenden 8 Uhr-Schlusses zu beantragen. Es wurde eine diesbezügliche Resolution angenommen, welche mit einer ausführlichen Begründung am 14. Dezember v. Js. der Verwaltung übersandt wurde. Wir gaben uns der Hoffnung hin, daß diesem berechtigten und sehr leicht durchführbaren Wunsche entsprochen werden würde, mindestens aber erwarteten wir einen Bescheid. Doch wir hofften und warteten vergebens; es kam kein Bescheid, trotzdem bereits über 2½ Monate ins Land gegangen waren. Da keine Antwort nun auch eine Antwort ist, so wissen wir jetzt, woran wir mit der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft sind. Diese ist nicht gewillt, mit Hand an die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen zu legen; sie ist nicht gewillt, unseren Wünschen Rechnung zu tragen. Die Gesellschaft hält es anscheinend für unter ihrer Würde, mit Arbeitern, mit den Kollegen über diese Frage zu unterhandeln; sie hält es aber nicht für unter ihrer Würde, das Geld dieser selben Arbeiter, dieser selben Kollegen, welches ihr in Gestalt von einen 3½ Millionen Mark Staatszuschuß zu den Bahnhofsumbauten zufließt, anzunehmen.

Kollegen Lübecks, merkt Euch dieses Vorgehen der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft! Letztere hat Euch damit eine wichtige Waffe in die Hand gegeben, eine Waffe, die im Interesse der Organisation zu führen Eure herrliche Aufgabe sein muß. Benutzt dieselbe, um neue Mitglieder für den Verband zu werben; benutzt sie zur Agitation in den Kreisen der indifferenten Kollegen, die noch der alten Mär von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit Glauben schenken. Es ist Euch gerade jetzt Gelegenheit hierzu geboten, finden doch laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung — wenn man Angesichts des miserablen Besuchs derselben überhaupt noch von einer Versammlung sprechen kann — in diesem Frühjahr zwei öffentliche Versammlungen statt, in der ersten, am Mittwoch, den 5. März, Abends 9 Uhr, im „Vereinshause" abzuhaltenden öffentlichen Versammlung wird unser Finanzminister, Hauptkassirer Kollege Kaßler aus Berlin referiren. Für diese und die nächste, im April — Tag und Referent wird noch näher angegeben — tagende Versammlung recht rege zu agitiren, ist Pflicht eines jeden Kollegen, dem das Wohl der Organisation am Herzen liegt. Ferner findet am Dienstag, den 11. März, Abends 9 Uhr, unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in der Schreiber dieses einen Vortrag über das für einen jeden Kollegen hochinteressante Thema: „Die Transport-Arbeiter und die Gewerbe-Ordnung" halten wird. — Kollegen, die Natur erwacht

aus ihrem Winterschlafe, sie strebt dem Licht, der Sonne entgegen. Erwacht auch Ihr! Streut den Samen der Organisation aus, bearbeitet, beackert den manchmal recht steinigen Boden, dann wird die Saat aufgehen und herrliche Früchte tragen.

Vorwärts, Kollegen Lübecks, an die Arbeit! J. Stelling.

Aus unserem Beruf.

Handelsarbeiter.

Barmen. Vernünftige Leute giebt es noch unter den hiesigen Ladenbesitzern. Der „Confectionär“ erhält von einem derselben folgende Zuschrift:

„Als die Frage des gesetzlichen Ladenschlusses auf der Tagesordnung stand, gingen die Wogen der Erörterung darüber, ob man die Stunde auf 8 oder 9 Uhr Abends festsetzen sollte, ziemlich hoch. Die Regierung wählte, um die Gemüther zu beruhigen, den Mittelweg, indem sie den offiziellen Ladenschluß auf 9 Uhr festsetzte, indeß für Orte, an denen sich das Bedürfniß nach einem Ladenschluß um 8 Uhr kundgeben sollte, es anheimstellte, auch diesen einzuführen, sobald eine Majorität von Zweidrittel der Geschäftsinhaber sich dafür erklären würde.

Jedem voraussehenden Kaufmann wird es nun eingeleuchtet haben, daß es sich mit obiger Verordnung eigentlich nur um ein Uebergangsstadium handelte, zunächst um das Publikum an die neue Ordnung der Dinge zu gewöhnen, dann aber auch um den kleineren Gewerbetreibenden Gelegenheit zu geben, in dieser Frage Erfahrungen zu sammeln, die etwaige Bedenken zerstreuen sollten.

Nachdem der 9 Uhr-Ladenschluß nunmehr über 1¼ Jahre in Kraft ist, hat sich gezeigt, daß man denselben allseitig als eine Wohlthat empfindet und kein vernünftig denkender Kaufmann sich die frühere unbegrenzte Geschäftszeit zurückwünscht. Man will indeß auf dem einmal betretenen Wege nicht stehen bleiben, sondern jetzt dem ursprünglich gesteckten Ziele zustreben, und das ist der gesetzliche Schluß der Detailgeschäfte am Abend um 8 Uhr. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollten wir uns über den Segen einer solchen Maßregel hier noch ausführlich verbreiten, die größten Koryphäen der Wissenschaft haben die Vortheile derselben vom hygienischen Standpunkte eingehend beleuchtet und an der Hand der Statistik nachgewiesen, welchen heilsamen Einfluß eine längere Ruhezeit auf die Arbeitsfähigkeit des Einzelnen — sei es Geschäftsinhaber oder Angestellter — auszuüben vermag. Das Fortbildungsschulwesen ist nur auf Basis des 8 Uhr-Schlusses zu regeln.

Der Barmer Ladenbesitzer-Verein hatte den gesetzlichen 8 Uhr-Ladenschluß schon längst auf sein Programm gesetzt, hat aber nun auch die Agitation auf Einführung desselben kräftig in die Hand genommen.

Die Bestrebungen des Ladenbesitzer-Vereins auf Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses, welche der Barmer kaufmännische Verein unterstützte, sind nun auch auf äußerst fruchtbaren Boden gefallen. Aus den Reihen der Manufaktur-, Kurz-, Woll-, Mode- und Putzwaaren-, der Leinen- und Wäsche-Branche, der Teppich-, Tapeten- und Tuchhandlungen, der Weißwaaren-, Herren- und Knaben-Garderobe- und Herren-Maßgeschäfte sind die zirkulirenden Listen mit zahlreichen Unterschriften versehen worden, so daß für diese Branchen der 8 Uhr-Geschäftsschluß gesichert ist. Wir glauben, auch annehmen zu dürfen, daß die noch fehlenden Branchen sich ebenfalls für diese Neuerung aussprechen werden mit etwaiger Ausnahme der Lebensmittel- und Zigarren-Handlungen, auf die man die Agitation nicht erstreckt hat.

Sogar die Vereinigung der Kolonialwaaren-Geschäfte, welche früher energische Opposition gegen den 8 Uhr-Ladenschluß machte, hat in ihrer letzten Versammlung beschlossen, jede Opposition zu unterlassen.

Hoffentlich folgen diesen vernünftigen Unternehmern bald die Ladenbesitzer in anderen Städten Deutschlands. Zeit wäre es, wenn sie einsehen lernten, daß der 8 Uhr-Ladenschluß auch für sie von Vortheil ist.

Berlin. Wiederholt ist die Firma A. Wertheim als zu denjenigen Betrieben zählend, die am anständigsten ihre Arbeiter behandeln, von uns erwähnt worden. Heute sind wir leider nicht in der angenehmen Lage, dieser Firma Anerkennung zollen zu können. Es scheint, als ob bei Wertheim in der neueren Zeit der Geist Stumms als Spukgestalt umgehe. Wenigstens lassen Vorgänge der letzten Zeit mit Berechtigung vermuthen, daß mit den alten bewährten Anschauungen, die Arbeiter so zu behandeln, wie es sich unter Menschen gebührt, gebrochen werden soll. Wir können leider nicht feststellen, auf welche Einflüsse dies zurückzuführen ist, nur wissen wir, daß diese Einflüsse dem Renommee des Hauses alles andere, nur nicht nützen werden. Doch zur Sache.

Nach Weihnachten wurden bei Wertheim Leute entlassen, die ein Vertrauensamt in der Organisation bekleideten, bereits lange Jahre bei der Firma thätig waren und als zuverlässig in Kollegenkreisen bekannt sind. Die Organisation wandte sich in einem Falle an die Firma und bat um Aufklärung; als Antwort kam folgendes Schreiben:

„A. Wertheim
Berlin W., Leipzigerstraße 132/135.

Den 7. Januar 1902.

An den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Berlin, S.O., Engelufer 15.

Auf das gefällige Schreiben vom 30. Dezember erwidern wir Ihnen, daß wir es grundsätzlich ablehnen müssen, mit unserem Betriebe fernstehenden Personen Verhandlungen über Personalfragen zu führen. —

Hochachtungsvoll
A. Wertheim.“

Ein solches Schreiben hätten wir von jedem anderen den Zeitverhältnissen verständnißlos gegenüberstehenden Unternehmer, nur nicht von der Firma A. Wertheim erwartet. Die Firma hätte sich in ihrem Renommee durchaus nichts vergeben, wenn sie mit einem Arbeiterverbande, der ja doch nur die Interessen seiner Mitglieder vertritt, unterhandelt hätte.

Solchen Grundsätzen, wie einen hier die Firma Wertheim vertritt, begegnet man sonst nur in Scharfmacherkreisen, bei Leuten, die den Arbeitern ewige Feindschaft geschworen haben. Da aber der Firma Wertheim die Arbeiter als Kunden sonst sehr angenehm sind, hätten wir nie geglaubt, daß sie ihnen im gewöhnlichen Leben so wenig Achtung entgegenbringen würde. Wir haben uns folgedessen veranlaßt gesehen, der Vertreterin der Berliner Arbeiterschaft, der Gewerkschaftskommission, mal die Frage zu unterbreiten, ob die Berliner Arbeiterschaft gewillt ist, den ihr applizirten Fußtritt ohne weiteres hinzunehmen, oder ob vielleicht Maßregeln ergriffen werden sollen, die geeignet sind, die Firma A. Wertheim wieder auf ihren alten arbeiterfreundlichen Standpunkt zurückzuführen.

Ueber die diesbezüglichen Verhandlungen vor der Gewerkschaftskommission geben wir unparteiischer Weise die Berichte zweier Tagesblätter wieder. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Sodann entwickelte sich eine längere Debatte über das Verhalten der Firma A. Wertheim den Gewerkschaftsorganisationen gegenüber. Schultzki (Handelshilfsarbeiter) theilte mit, daß die Hausdiener bei der Firma wiederholt gemaßregelt wurden, so daß sich heute jeder bemüht, über die Zugehörigkeit zur Organisation das größte Stillschweigen zu bewahren, um nicht arbeitslos zu werden. Auf das Ersuchen des Verbandes der im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter, wegen dieser Differenzen eine Aussprache herbeizuführen, antwortete die Firma Wertheim brieflich, daß sie es grundsätzlich ablehnen müsse, mit Leuten, die außerhalb ihres Betriebes stehen, zu verhandeln. Redner glaubt, daß die Arbeiterschaft sich eine solche Mißachtung ihrer Organisation nicht gefallen lassen könne, umsomehr, als die Firma doch zu ihrem Kundenkreis ein großes Arbeiterpublikum rechnet. Er empfiehlt deshalb folgende Resolution:

Die Delegirten der Berliner Gewerkschaftskommission nehmen Kenntniß von dem Verhalten der Firma A. Wertheim gegenüber den Vertretern des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrs-Arbeiter und sprechen ihr Bedauern darüber aus, daß eine Firma, welche den Arbeitern Berlins einen guten Theil ihrer heutigen Größe und ihres Aufblühens verdankt, einer Arbeiterorganisation in dieser Weise entgegentritt. Sollte durch das fernere Verhalten der Firma A. Wertheim ein Appell von seiten der Handels-Hilfsarbeiter an die Arbeiter Berlins sich als nothwendig erweisen, so verpflichten sich die Vertreter der Berliner Gewerkschaften, den Handels-Hilfsarbeitern zur Seite zu stehen.

Ritter (Schneider) bemerkt, daß auch seine Gewerkschaft Anlaß habe, über das Verhalten der Firma Wertheim Klage zu führen. Nach dem Streik der Schneider wurde von der Firma der 2 Tarif anerkannt. Im Herbst vorigen Jahres wurde innerhalb des Geschäfts eine genossenschaftliche Betriebswerkstätte gegründet, die mit der Anforderung an den Verband der Schneider herantrat, einen niedrigeren Tarif einzuführen. Dem widersetzte sich die Organisation, worauf dann der Zustand einriß, daß überhaupt ohne Rücksicht auf die Vereinbarungen entlohnt wird. Bejaht jemand bei einer Anfrage nach Arbeit, daß er dem Verband der Schneider angehört, so heißt es: „Wir haben für Sie keine Arbeit“. Die Firma bemüht sich, die Löhne zu drücken, dazu dient die Betriebsgenossenschaft als vorgeschobener Posten.

Maaß (Kaufmann) theilt mit, daß auch seine Organisation wortgetreu dieselbe Antwort bei ähnlichen Ersuchen, wie sie die Handelshilfsarbeiter stellten, erhalten hat. Gegen diese Verachtung der Organisation müsse gemeinschaftlich angekämpft werden. Redner befürwortet, die Resolution auch in der Gewerkschaftspresse zum Abdruck zu bringen. Dem stimmte die Versammlung zu, desgleichen fand die Resolution Annahme.“

Die „Volkszeitung“:

„Ein drohender Boykott. Zwischen der hiesigen Gewerkschaftskommission und dem Waarenhause A. Wertheim ist es zu einem Konflikt gekommen, der möglicherweise zu einer Boykottirung der Firma führen kann. In der gestrigen Sitzung der Gewerkschaftskommission theilte der Vertreter des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter mit, daß eine Vertretung des Verbandes mit hiesigen großen Geschäften und Waarenhäusern wegen Abstellung vorhandener Mißstände überall mit Erfolg unterhandelt habe. Eine Ausnahme hiervon bilde die Firma A. Wertheim, welche mit der Kommission nicht in Unterhandlung eintrat und auch in einem Schreiben an den Zentral-Verband entschieden ablehnte. Da auch andere Gewerkschaften gleichartige Erfahrungen bei der genannten Firma gemacht haben, so gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in welcher die Gewerkschaftskommission die Erwartung ausspricht, daß eine friedliche Beilegung der Angelegenheit ermöglicht wird. Sollte durch das Verhalten der Firma ein Appell von seiten der Handels-Hilfsarbeiter an die Arbeiter Berlins sich als nothwendig erweisen, so verpflichten sich die Vertreter der Berliner Gewerkschaften, demselben zwecks Anerkennung der Organisation energisch zur Seite zu stehen. (Die Berliner Gewerkschaftskommission vertritt ca. 100 000 Arbeiter Berlins. D. Red.)“

Aus der Resolution dürfte die Firma Wertheim ersehen, daß es unserm Verbande nicht darum zu thun ist, Weiterungen mit Gewalt herbeizuführen. Wir geben der Hoffnung Raum, daß der Einsicht besserer Theil die Firma veranlassen wird, von ihren neueren „Grundsätzen“ Abstand zu nehmen. Es ist selbstverständlich, daß eine Arbeiter-Organisation sich unter keinen Umständen eine so brüske Abweisung, wie die Firma A. Wertheim uns gegenüber beliebte, gefallen lassen darf. Muß es sein, zwingt man uns dazu, nun, dann fahren wir auch schweres Geschütz auf.

Berlin. Leute, deren Lebensaufgabe die Vereinsspielerei ist, haben auch bei der Firma Tietz einen Lotterie-Klub gegründet. Nicht genug damit, daß sie die übrige Zeit mit nichts anderem als solchem Blödsinn auszufüllen wissen, arrangieren sie auch noch Vergnügen, damit die Kollegen im Geschäfte die Kosten des Rummels bezahlen können. Wir erwarten als selbstverständlich von jedem vernünftigen Kollegen, daß er diesem Klimbim fernbleibt und seine Groschen nicht der Spielwuth der Lotterieklübler opfert. Wer schon durchaus ein Esel sein will, der verkleide sich als solcher und gehe auf den nächstbesten Maskenball. Den Arrangeuren des Lotterieklubs der Firma Tietz rathen wir, den Gimpelfang bei Seite zu lassen, andernfalls sie zu gewärtigen haben, daß ihnen mal ganz gehörig auf die Finger geklopft wird. Der Verband macht bekanntlich mit einer bestimmten Sorte von Kollegen wenig Federlesen.

Straßenbahner.

Berlin. Die Große Berliner hat in ihrem Betrieb auf jedem Bahnhof eine Anzahl Ersatzfahrer und Schaffner eingestellt, welche nur für die Tage, an welchen sie beschäftigt werden, Bezahlung erhalten. Der Umstand, daß auf den meisten Bahnhöfen nur verhältnißmäßig wenige solcher Fahrer vorhanden sind, bringt es mit sich, daß die Leute sich, wenn auch mit größter Einschränkung, wenigstens nothdürftig sattessen können. Anders liegen die Verhältnisse auf dem Bahnhof Treptow. Hier giebt es etwa 50 Ersatzfahrer, und ihr Verdienst beläuft sich innerhalb 10 Tagen durchweg nur auf 14 bis 15 Mark. Oft genug müssen sie aber mit weit weniger nach Hause gehen, ja es ist vorgekommen, daß einer in dieser Zeit nur 2 Mk. und 2 Pf. heimbrachte. Die beantragte Versetzung nach andren Bahnhöfen schlug der Inspektor Sprenger ab und so konnte es geschehen, daß einige der Fahrer, in der schwachen Hoffnung, endlich in ein festes Arbeitsverhältniß zu kommen, schon über ein Jahr lang sich mit dem erwähnten geringen Einkommen zufrieden geben müssen. Der Hofverwalter Stark und der Bureauschaffner Kiehne drohen solchen Leuten, die um ausgiebigere Beschäftigung bitten, mit Entlassung. Man kann sich vorstellen, in welches Elend die hier erwähnten Anwärter kommen. Die wenigen Ersparnisse, die dieser oder jener sich vielleicht zurückgelegt hat, sind leicht aufgezehrt und so muß der Arme, so weit es ihm gelingt, Schulden machen, wenn er für sich und seine Familie nothdürftig Brot schaffen will. Während es hier Leuten, die arbeiten wollen, an Beschäftigung fehlt, klagen die fest angestellten Schaffner und Fahrer jetzt vielfach darüber, daß ihre Dienstzeit auf 13 Stunden täglich erhöht worden sei. Wird die Direktion das Erforderliche zur Prüfung der mitgetheilten Beschwerden thun?

Transportarbeiter.

Barmen. Ein schneidiger Arbeitgeber scheint Herr Bredenkamp, Wichlinghäuserstraße, zu sein, denn was dieser Herr von seinen Kutschern für Arbeit verlangt, geht doch über alles Menschliche. Ein Kollege, welcher am 10. und 11. Februar erst Nachts um 1 Uhr und am 12. Februar Nachts um 2 Uhr in den Stall kam, wurde am 13. Februar gekündigt, weil er zwei Stunden später zur Arbeit kam. Herr Bredenkamp nahm keine Entschuldigung an, er erklärte einfach, die Fuhrleute hätten zur rechten Zeit zur Stelle zu sein, ganz gleich, wenn sie Abends in den Stall kämen. Auch wurde zugleich den Kutschern gesagt, daß von jetzt ab die Spesen für auswärts, 90 Pf. pro Tag, in Wegfall kämen, mit 22 Mk. Lohn und den Prozenten könnte man auskommen. Herr Bredenkamp sollte mal selbst versuchen, wenn er 16—18 Stunden auf dem Pflaster ist, ob er mit 90 Pf. auskommt. Mit den Prozenten wird es auch so schlimm nicht sein, jedoch konnten wir hierüber nichts in Erfahrung bringen, doch dies später mal. Die Kollegen von Barmen haben bis jetzt von der Organisation nicht viel wissen wollen. Aber die traurigsten Zustände sind vorhanden und die Kollegen hätten allen Grund, endlich mal aus ihrem Winterschlaf aufzuwachen, sich mit in die Reihen der organisirten Kollegen zu stellen und mithelfen, diese für jeden Menschen unwürdigen Zustände zu beseitigen.

Frankfurt a. O. In der ersten Hälfte des Jahres 1899 wurde hier eine Verwaltungsstelle gegründet. In Folge der großen Interesselosigkeit der hiesigen Kollegen ging die Zahlstelle bald wieder ein. Seit dieser Zeit ist verschiedene Male der Versuch gemacht worden, die hiesigen Kollegen der Organisation zuzuführen. Dieser Versuch scheiterte aber immer an dem Indifferentismus unserer Berufsangehörigen. Denjenigen Kollegen, welche am hiesigen Orte die Agitation zu entfalten suchten, wurde immer geantwortet: „Uns nützt die Organisation ja doch nichts.“

Vergangene Woche hielt sich der Gaubevollmächtigte der Provinz Brandenburg einige Tage hier auf, um nochmals den Versuch zu machen, die Kollegen aus ihrem Schlafe zu rütteln. Bei dieser Gelegenheit konnte auch der Beweis erbracht werden, daß sich diejenigen, welche behaupten, die Organisation habe keinen Nutzen, im Irrthum befinden.

In der Papiergroßhandlung von Werner Hedrich war ein Kollege gekündigt worden, angeblich wegen Mangel an Arbeit. Da aber genug Arbeit vorhanden war, konnten die übrigen Kollegen sich nicht damit einverstanden erklären und es wurde eine Unterhandlung mit Herrn Hedrich angebahnt. Diese Gelegenheit sollte auch dazu benutzt werden, um bessere Löhne zu erreichen. Die Unterhandlung fand am Sonntag, den 23. Februar, im Beisein unseres Gaubevollmächtigten Kollegen Pause-Berlin statt. Nach eingehender Erörterung der einzelnen Fragen wurde die Kündigung des einen Kollegen zurückgezogen. Die Löhne haben ebenfalls eine Erhöhung erfahren. Herr Hedrich versprach eine Mark Zulage pro Woche. Außerdem wurde noch festgesetzt, daß von jetzt ab Sonnabends 1½ Stunden früher Feierabend gemacht wird. Diese Errungenschaft ist einzig und allein auf den festen Zusammenhalt der Kollegen zurückzuführen. Aus Vorstehendem ist zu ersehen, daß die Organisation sehr wohl im Stande ist, die wirthschaftlichen Verhältnisse unserer Berufskollegen zu heben. Die übrigen Kollegen Frankfurts mögen sich daran ein Beispiel nehmen und sich sofort der Organisation anschließen. Gerade die hiesigen Kollegen haben es in aller erster Linie nöthig, dem Verbande beizutreten. In keinem Orte sind die Löhne in unserem Beruf so niedrig als wie hier. Bei einer Arbeitszeit von Früh 4 Uhr bis Abends 9 und 10 Uhr erhalten die hiesigen Kollegen einen Lohn von 12—13 Mk. pro Woche. Höhere

Löhne werden nur in ganz seltenen Fällen gezahlt. Wenn die Unternehmer ihren Arbeitern von selbst etwas zulegen wollten, hätten sie es hier schon längst thun können. Es wird doch den Unternehmern nicht ganz unbekannt sein, daß die Mieths- und Lebensmittelpreise immer mehr steigen. Unsere Arbeitgeber haben es aber sehr gut verstanden, unsere Interesselosigkeit zu ihrem Vortheil auszunutzen. Also, auf Kollegen, säumt nicht länger und wahrt Eure Interessen.

Halle a. S. Wie nothwendig eine festgefügte Organisation für uns ist, mag folgender Fall beweisen: Der Fuhrunternehmer Lippert überraschte dieser Tage seine Geschirrführer mit einem Lohnabzug von 1 Mk. pro Woche bei 20 Mk. Wochenlohn. Die Frage weshalb, beantwortete er: wegen schlechten Geschäftsgang, „und wem es übrigens nicht paßt, der kann ja gehen“, doch wie steht es mit dem schlechten Geschäftsgang bei der Firma Lippert? Die Firma hat nachweislich 20, sogar 24 Mk. pro Tag und Paar Pferde verdient, rechnet man dann für jedes Gespann 12 Mk. pro Tag Unterhaltungskosten ab, so steckt Herr L. 8—12 Mk. pro Tag und Geschirr, oder bei 24 Gespannen 192—284 Mk. in seine Tasche. Zweitens hat Herr Lippert sodiel zu thun, daß er z. B. bei der Firma Mann aushilfsweise Geschirre hat stellen müssen, also es ist nichts mit dem schlechten Geschäftsgange.

Nun möchten wir einmal fragen, bezahlt Herr Lippert seine Leute so gut, daß sie 1 Mk. pro Woche von ihrem Lohn missen können? Die Firma zahlte bisher einen Wochenlohn 20 Mk., nun aber 1 Mk. ab und auch Krankengeld abzüglich, verbleibt für die Geschirrführer jetzt pro Woche 18 61 Mk. Dafür müssen diese Folgendes leisten: Früh um 4 Uhr, auch um 3 Uhr, im Stall sein, die Pferde und Geschirre in Ordnung bringen, sodann um 5 oder 6 Uhr anspannen, dann geht es den ganzen Tag bis Abends 8 Uhr, auch 10 Uhr, oft Fuhren von 100 Ctr. auf- und abladen. Auch Sonntags früh von 7—11 Uhr müssen selbige im Stalle sein, im Hofe arbeiten, und das alles für 18 61 Mk., in Stunden ausgerechnet sind es 101 bis 112 Stunden Arbeitszeit oder pro Stunde 15—17 Pf. Arbeitslohn. Dafür den ganzen Tag Wind und Wetter ausgesetzt zu sein, sich mit der Polizei herumzuärgern und die nöthigen Polizeistrafen, Strafe wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes 2c. zu bezahlen, alles für den horrenden Wochenlohn von 18 61 Mk., was bleibt nun für die Familie zur Miethe, Lebensunterhalt und Kleidung noch übrig?

Doch danach frägt der Unternehmer nicht. Die Hauptsache ist, daß sein Geldsack nicht geschmälert wird, was kümmern ihn die Arbeiter und ihre Familien. Der Schwager von Paul Lippert, Herr Zwarg, hat einen Mann entlassen, weil er nicht genug gemacht bekommen hat für diesen Lohn. Herr Lippert entließ einen Kollegen, weil er einmal anhielt, um zu trinken, einen, weil er um ½6 Uhr kam, also zu spät, und einen wegen Faulheit.

Doch es ist vorläufig genug, und nur wenn die noch fernstehenden Kollegen sich unserem Verbande anschließen, können wir derartige Mißstände beseitigen.

Aber Herrn Lippert möchten wir auf den Weg mitgeben, daß auch die Geschirrführer Menschen sind und als solche leben und behandelt sein wollen, und nicht als arbeitsscheue Elemente und Saufbrüder.

Die Sachsen sind helle, nur nicht allemal und nicht überall. Die Geschirrführer in Meißen haben seit Jahren einen Verein, der, wie so viele andere im schönen Sachsenlande, in Harmonieseelei, Vaterlandsliebe und Vergnügungsduselei macht. Besagter Verein ist natürlich bei den Unternehmern gut angeschrieben, weil er ihnen kein Wässerchen trübt, sondern vielmehr die Geschirrführer schön fein in Raison hält. Unter solchen Umständen ist es natürlich begreiflich, daß der Vorstand des famosen Vereins, obwohl gerade nicht mit großen Geistesgaben ausgestattet, dennoch mit dem Lichte der Aufklärung nichts zu thun haben will. Die Flusterlinge scheuten schon immer das Licht, und so auch der Vorstand des Meißener Geschirrführervereins. Nur nichts Aufregendes, nur keinen Verband am Orte, der am Ende bestrebt ist, die Lage der Geschirrführer zu verbessern, das ist für die Meißener Kutscher nicht nöthig, denn denen geht es sowieso gut genug. Es ist gar nicht mehr zum aushalten, so gut geht es ihnen. Also warum sich modern organisiren und dafür noch ein paar Groschen riskiren?

Vor kurzem wollte unser Kollege Richter mal in Meißen sehen, wie es denn eigentlich den dortigen Geschirrführern geht. Es wurde eine Versammlung anberaumt und dazu natürlich auch der Vorstand des Geschirrführervereins eingeladen. Diese Sache besorgte Kollege Robst-Dresden. Für seine Liebenswürdigkeit erhielt er daraufhin folgende schöne und merkwürdige Antwort:

Meißen, den 13. 2. 02

Geehrter Herr Robst!

Antwortlich Ihres Schreibens vom 11. 2. 02 theile ich Ihnen hierdurch mit, daß Sie von den Vorständen des Geschirrführervereins von Meißen und Umgegend sowie von den Mitgliedern desselben auf keinerlei Besuch oder Beitritt in den Verband zu rechnen haben, und ersuche Sie, den Verein hier in Zukunft nicht wieder zu belästigen.

Zu gleicher Zeit bitte ich, die an mich gesandten Zettel bis Sonnabend, den 10. l. d. J. abholen zu lassen, widrigenfalls ich dieselben in den Ofen stecken werde.

In der Hoffnung, daß Sie über unseren Standpunkt aufgeklärt sind, betrachte ich die Sache als erledigt.

K. Pohl, Vorstandt.

Auch dem Kollegen Pohl scheint die Feder von anderer Seite geführt worden zu sein. Daß die Sache so kommt, war vorauszusehen. Der Vorstand des Geschirrführervereins mag aber nun ja nicht glauben, daß die Sache damit erledigt ist und Meißen vom Verbande verschont bleibt. An Orten, wo noch solche Dummheit und Beschränktheit herrscht, sehen wir es erst recht als unsere Pflicht an, die Fackel der Aufklärung hineinzuwerfen, hier wird nunmehr mit doppeltem Eifer gearbeitet werden. Wir wollen, und das sagt genug. Was wir wollen, wird durchgeführt, ob es dem Meißener Geschirrführerverein und seinem Vorstand recht ist oder nicht.

Leipzig. Nochmals die Firma Bohne. Herr Bohne soll die Aeußerung gethan haben, daß er gegen seine Leute strafrechtlich vorgehen werde, wenn sie sich erlauben würden, gegen ihn etwas zu unternehmen, wenigstens erklärte dies uns der Kollege Eberhard. Nun ist mittlerweile von Seiten des Verbandes ein Flugblatt erschienen, das die arbeitende Bevölkerung von Leipzig und Umgegend auf die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn B. aufmerksam macht. Dieses haben nun zwei Kutscher der Firma Bohne unterzeichnet. Bis jetzt haben wir noch nicht vernommen, daß der Inhalt desselben durch eine Gegenerklärung des Herrn B. entkräftet worden wäre. Dies hätte aber doch wohl geschehen müssen, da gegenwärtig der Umsatz des Herrn B. beinahe auf dem Gefrierpunkt angelangt. Denn, wer sich den Spaß erlaubt und aufpaßt, welche Mühe sich die stehen gebliebenen — nagen wir Freunde — geben müssen bei den Kunden, und weiter, wenn sie Abends wieder mit halb und dreiviertelvollen Wagen den heimathlichen Penaten des Herrn B. zu fahren, der wird sich sagen müssen, hier hätte es Herr B. nicht fehlen lassen sollen. Herr B. schweigt aber fein säuberlich. Er denkt, reden ist Silber, jedoch schweigen Gold. Und da hat er wohl nicht ganz Unrecht.

Es ist nicht immer gut, dieses Reden, da man sich die Finger verbrennen kann dabei oder den Mund. Hat doch jetzt eine Gerichtsverhandlung stattgefunden, wo die Hauptperson, ein Kutscher des Herrn Bohne, denselben um 600 Mark geschädigt haben soll, und zwar dadurch, daß er die Ladescheine gefälscht habe. Was brachte nun der Kutscher zu seiner Vertheidigung vor?! Er habe wohl einen Lohn von 24 25 Mk. pro Woche mit Prozenten und alles in allem gehabt, jedoch, um die Kunden zu poussiren und bei der täglich langen Arbeitszeit habe er pro Tag je nach Unterschied 3—4 Mk. gebraucht, das sind 6×3 = 18 Mk., blieben am Ende der Woche ganze 6—7 Mk. von dem Lohn. Daß ein Mensch dabei nicht satt werden kann, ist klar, viel weniger eine Familie. Dieser Kutscher hielt sich an Herrn B. schadlos. Nur so weiter, wir sind zufrieden.

Annaberg i. Erzgeb. Wie es gemacht wird. Am 19. Januar d. J. war im Annaberger Wochenblatt folgende niedliche Erklärung zu lesen:

„Wir erklären hiermit wahrheitsgetreu, daß keiner von uns die im Annaberger Wochenblatt besprochene Versammlung vom 12. d. M. im „Deutschen Kaiser“ hier besucht hat und weisen das über uns von verleumderischer Seite ausgesprengte Gerede mit aller Entschiedenheit zurück.

Das gesammte Arbeitspersonal der Speditionsfirma
August Schneider, Annaberg.“

Um was handelt es sich? Am 12. Januar hat in Annaberg überhaupt keine Versammlung stattgefunden. Dagegen fand am 11. Januar eine öffentliche Kutscherversammlung statt, in der Kollege Richter-Chemnitz die Mißstände im Speditions- und Fuhrwesen Annabergs einer eingehenden Kritik unterzog. Es gelang der Organisation, dort festen Fuß zu fassen. Darob nun großes Geschrei und Zeter und Mordio den Uebelthätern. Der Ruf von Annaberg, der sächsischsten aller sächsischen Städte, ist doch gefährdet, wenn die dortigen Kollegen von ihrem Recht, das ihnen in § 152 der Gewerbe-Ordnung garantirt ist, Gebrauch machen. Was ist's nun mit dem angeblich verleumderischen Gerede? Es soll in der Versammlung gesagt worden sein: „Spediteur Schneider (Inh. Riemann) gäbe seinen Leuten nichts ordentliches zu essen und unterschlägt ihnen auch noch das Trinkgeld.“ Nun, in der Versammlung selbst ist davon nichts gesagt worden, von betheiligter Firma war auch Niemand anwesend. Der Besitzer will die Aeußerung von einem anderen Spediteur, Namens Hermann Müller, haben. Woher will nun aber dieser die Aeußerung, die nicht gefallen, haben? Sollte da nicht der liebe Konkurrenzneid die Flügel haben schießen lassen, oder hat Herr Herm. Müller auch noch Hintermänner? Wenn der Inhaber der Firma Schneider Interesse daran hat, festzustellen, von woher das Gerücht stammt, so wolle er sich an unseren Kollegen Wölkel wenden, der ihm dann sagen kann, was wir hier nicht schreiben dürfen, weil wir Herrn Müller die Verantwortung über das, was er gesagt hat, selbst überlassen müssen. Wir wollen nun aber feststellen, daß das Personal von Schneider die Erklärung nicht selbst verbrochen hat, daß dieselbe nicht vom Personal bezahlt worden ist, ja daß ein Theil desselben überhaupt nichts davon gewußt hat. Das Personal von Schneider, selbst wenn dort die besten Verhältnisse anzutreffen sind, hätte wohl alle Ursache, sich zu organisiren. Hält man es denn für möglich, daß dort Löhne von 8 Mk. pro Woche gezahlt werden? Allerdings giebt es da nebenbei noch einige Kost, aber was will das sagen? Kann heutzutage wirklich jemand seine Familie von einem solchen Riesen-Einkommen ernähren? Und dabei ist diese Firma noch die anständigste am Orte! Was zeitigt denn das? Die Leute, unsere Kollegen, werden herabgedrückt, sie sind nicht mehr Menschen gleich, sie haben es schlechter wie das liebe Vieh. Das Vieh hat seine Pausen, unsere Kollegen aber können höchstens mal Sonntags Nachmittags, wenn sie nicht zufällig Stalldienst haben, zu ihrer Familie gehen, die ja oft nur mittelst der Bahn besucht werden kann.

Selbst in den erzgebirgischen Dörfern ist mit solchen Löhnen keine Familie zu ernähren und darum werden Frauen und Kinder zum täglichen Erwerb mit herangezogen. Und wer ist Schuld daran? Die Unternehmer! Die Konkurrenzwuth hat sie gepackt. Einer sucht den andern aus dem Felde oder aus der Kundschaft zu verdrängen. Einer unterbietet den anderen. Wo früher 10 Pf. Anfuhrgeld pro Zentner berechnet wurden, nimmt man heute 6 und 8 Pf, und wir sollen es büßen. Dann heißt es: das Geschäft ist nicht mehr rentabel, es wird nichts mehr verdient usw.

Wie sieht es nun mit den Schutz-Einrichtungen aus? Genügend befestigte Schoßkellen oder Bocksitze sind den Leuten böhmische Dörfer! Kollegen! Von Stunde zu Stunde müßt Ihr Eure gesunden Knochen zu Markte tragen, Ihr habt wohl ein Anrecht darauf, daß für genügende Schutzvorrichtungen Sorge getragen wird. Die Verkehrsverhältnisse Annabergs mit seinen engen, abschüssigen und steilen Straßen erfordern die ganze Aufmerksamkeit unserer Kollegen, und ist denselben nicht nur eine kürzere Arbeitszeit zu gönnen, sondern es liegt dies noch mehr im Interesse der Sicherheit der Straßenpassanten. Die behördlichen Organe und namentlich die städtischen Behörden sollten gerade dieser Angelegenheit ihr Augenmerk widmen.

Kollegen! Auf freiwillige Aufbesserung Eurer traurigen Lage seitens der Unternehmer könnt Ihr lange warten. Soll es besser werden, so schließt Euch zusammen, organisirt Euch im Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands. Nur dadurch werdet Ihr erreichen, was man Euch jetzt vorenthält: gerechten Lohn und kürzere Arbeitszeit! Tretet Mann für Mann in den Verband ein! Hat man auch den Saal, in dem Versammlungen abgehalten werden konnten, wieder abgetrieben, so werden wir trotzdem zum Ziel gelangen, wenn Ihr nur einig seid.

Aufnahmen besorgen stets: Kollege Völkel, Turnergasse 5 und Kollege Reichelt, Gr. Kirchgasse.

Elberfeld. Der § 134 b 1 der D. R. Gewerbe-Ordnung scheint für die Firma Mörth keine Giltigkeit zu haben, denn die Firma zahlt ihren Fuhrleuten seit Jahr und Tag den Wochenlohn erst Sonntags Vormittags zwischen 11 und 12 Uhr, ja oft noch später aus. Die Firma Mörth, welche von der Stadt beschäftigt wird, hätte alle Ursache, als Musterfirma zu gelten, doch ist hier gerade das Gegentheil der Fall. Hätten sich die zirka 35 Kollegen bewegen lassen, dem Verbande beizutreten, dann wären längst andere Zustände geschaffen worden. Grund genug hätten die Kollegen, dem Verband beizutreten, denn ihr Lohn beträgt doch nur 18 Mk. und die Behandlung läßt oft viel zu wünschen übrig. Dem kleinen Bruchtheil der Kollegen, die sich uns angeschlossen haben, sei hiermit kein Vorwurf gemacht. Mit diesen wenigen Kollegen konnte unser Verband nichts unternehmen, darum benutzte Kollege Dettmering die Gelegenheit, als er mit einer Kommission wegen der großen Arbeitslosigkeit beim Oberbürgermeister betreffs Nothstandsarbeiten vorstellig wurde, den Herrn Oberbürgermeister zu interpelliren wegen der Firma Mörth, ob demselben die dort herrschenden Zustände bekannt seien. Dettmering wies mit Recht darauf hin, daß oft die Frauen zu Hause auf das Geld warten, um noch die nothwendigsten Einkäufe zu machen, damit noch etwas auf den Mittagstisch käme. Er betonte ferner noch, weil die Firma für die Stadt arbeite, sei es auch Pflicht, hier Abhilfe zu schaffen. Der Herr Oberbürgermeister war sehr erstaunt und versprach sofortige Abhilfe. Und er hat Wort gehalten. Dies war am 31. Januar. Am 1. Februar hatte Herr Mörth schon einen Brief. Eine Aenderung ist eingetreten, aber nicht wie es nothwendig wäre. Sämmtliche Fuhrleute mußten unterschreiben, daß sie damit einverstanden sind, daß der Lohn Sonntags Morgens 9 Uhr ausgezahlt wird; die Verheiratheten können Samstag Mittags 15 Mk. Abschlag bekommen. Daß sämmtlich unterschrieben haben, braucht nicht bezweifelt werden.

Kollegen! Ihr müßt doch nun selbst einsehen, daß nur durch eine feste Organisation andere Zustände geschaffen werden können. Diejenigen aber, die heute noch glauben, es würde ihnen von anderer Seite Hilfe kommen, denen dienen diese Zeilen zur Kenntnißnahme.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Bochum. Unsere erste Mitgliederversammlung am 9. Februar war nur mäßig besucht. Es mag dies wohl seinen Grund gehabt haben, weil an diesem Tage an allen Ecken und Enden der Stadt etwas „los“ war. Nach Verlesung des Protokolls der vorhergehenden Einzelmitgliederversammlung wurde die Einzahlung der Beiträge vorgenommen, worauf sodann Kollege Dettmering einen kurzen Vortrag über den Werth der Organisation hielt, zugleich die Anwesenden auffordernd, die fernstehenden Kollegen auf unsere Organisation aufmerksam zu machen und sie zum Eintritt in dieselbe zu ermuthen.

Die nächste Versammlung findet am 9. März, Abends 6 Uhr, statt. In derselben wird ein Vortrag über „Die Unfallversicherung“ gehalten.

Kollegen! agitirt überall für den Verband!

Breslau. Am 17. d. Mts. beschäftigte sich eine einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung mit der vom Zentralvorstand aus beschlossenen Sache betr. Zurückziehung des Zuschusses von 100 Mk. für das Bureau der hiesigen Zahlstelle.

Es wurde mit Führung des Protokolls Kollege Braunsdorf betraut. Darauf verlas der Vorsitzende Kollege Zimmer nach Bekanntgabe der Tagesordnung das vom 3. Juni 1899 datirende Schreiben des Zentralvorstandes, gez.: Dreher, Berlin, in welchem uns die Zusicherung des Zuschusses übermittelt wird. In den darauf folgenden Ausführungen des Kollegen Zimmer bemerkt derselbe, daß diese 100 Mk. fast in keinem Verhältniß standen zu dem, was von Breslau bis jetzt an die Hauptkasse gesendet wurde. Redner glaubt, daß 7000 Mk. in diesen 3 Jahren eher als zu niedrig berechnet sei. Ferner betont Redner, daß es für uns durchaus nicht so leicht sein würde, diese 100 Mk. so ohne weiteres einzubüßen, es würde diese Summe hinreichen, unsere ganzen gesammelten Lokalfonds innerhalb zwei Jahre aufzubrauchen, was durchaus nicht nach seinem Sinne sei. Um nun diesem aus dem Wege zu gehen, unterbreitet Zimmer vier Punkte, die dieses evt. verhindern könnten und worüber die Mitglieder dann diskutiren können. 1. Einführung einer neuen Beitragsmarke; 2. Einstellung des Gaubeitrages von 110,60 Mk.; 3. den Zentralvorstand um Zurückziehung dieses Antrages überhaupt zu ersuchen und 4. die Auflösung unseres Bur aus. Zum Punkt 1 bemerkt Redner, daß dieser sich wohl betr. der gegenwärtigen allgemein ungünstigen Zeitverhältnisse als undurchführbar erweisen dürfte. Punkt 3 sei durch das eingelaufene Schreiben seitens des Hauptvorstandes als abgelehnt zu betrachten. Was den 4. Punkt betrifft, so würde er (Redner) es bis aufs Aeußerste kommen lassen, dieses zu verhindern, dasselbe sei wohl auch von den Mitgliedern zu erwarten. Als der wohl für uns am günstigsten stehende Vorschlag sei der unter Punkt 2. Diesen bittet Zimmer besonders zu beachten, auch ist sich

bereits der Vorstand in letzter Sitzung darüber einig geworden. Obwohl sich nun der Hauptvorstand über unsere Leistungsfähigkeit keinen Augenblick täuscht, so ist es doch komisch, daß gerade die hiesige Zahlstelle bluten solle; es ist wohl bekannt, daß viele Zahlstellen, auch größere, fast fortwährend Geld kosten, aber nie welches einbringen. Man betrachte laut letzten Bericht Königsberg, welches 1400 Mk. von der Hauptkasse als Zuschuß erhalten, ebenso Altona, bei dem auch nichts herauskommt u. s. w. Was kostet den Hauptvorstand die Agitation in Schlesien? Schöne Zahlstellen sind da gegründet, die auch alle gleich Geld einbringen, trotzdem kein Agitator von Berlin dagewesen und schwere Gelder erspart blieben; kurz, es sei verwerflich, daß gerade wir in erster Linie, obwohl unsere Zahlstelle fast noch nichts gekostet, sozusagen bestraft werden müsse. Wir sehen es gewiß wohl ein, daß in dieser Zeit der wirthschaftlichen Krisen der Zentralvorstand finanziell schwer zu leiden hat; man kann aber doch wohl nicht annehmen, daß diese 100 Mk. durchaus sein müssen, um Alles wieder glatt zu machen. Darauf verlas Zimmer ein langes Schreiben des Zentralvorstandes. In Erörterung desselben bemerkte Redner, daß es besser gewesen wäre, der Zentralvorstand wäre persönlich hier erschienen, es scheinen sich aber die Herren kein gutes Bild von der Stimmung der Mitglieder in der Sache zu versprechen. Die angeführten Sachen in dem Schreiben erwiesen sich meistens gegenstandslos und waren, wie die Zwischenrufe bewiesen, den Mitgliedern nicht einleuchtend. Redner hat darauf, in der folgenden Diskussion die Sache ruhig und sachlich zu behandeln. Es hat als erster Redner Kollege Neugebauer um das Wort. Derselbe schlägt vor, Punkt 2 als nur durchführbar zu betrachten, da die anderen wohl nicht in Frage kommen dürften und schlägt weiter vor, von jeder weiteren Diskussion abzusehen. Es nahm hierauf Kollege Buchwald das Wort. Derselbe findet das Vorgehen des Hauptvorstandes in dieser Sache unbegreiflich. So sehr und so viel sich Redner auch Mühe gegeben habe, damals den Uebertritt zum Zentralverband zu bewirken, könnte ihm dies jetzt beinahe Leid thun. Kollege Riedel hebt besonders die Leistungen in Kassenangelegenheiten der Hauptkasse gegenüber hervor, auch die erfolgreichen Agitationstouren des Kollegen Zimmer in der Provinz. Liest man Berichte der angestellten Agitatoren, so sind dieselben fast minimal zu nennen. Es wird dann von Buchwald der Antrag gestellt, an die Hauptkasse so lange kein Geld wieder abzusenden, bis uns die 100 Mk. für weiter bewilligt werden. Kollege Riedel bittet, diesen Antrag nicht so scharf zu nehmen, da dies auch nicht angängig wäre, sondern bei Streichung des Gaubeitrages zu bleiben. Der Antrag Buchwald wird mit Mehrheit abgelehnt. Kollege Brückner zieht einen Vergleich der Abhandlungsweise der Hauptleitung uns gegenüber, gerade so wie die der preußischen Regierung der Provinz Schlesien, nämlich: möglichst viel ziehen, sonst aber in allen Sachen vernachlässigen. Es sprach darauf Kollege Gogsch. Dieser erklärte, diese 100 Mk. eben einfach abzuziehen, mag sich der Hauptvorstand dazu stellen wie es ihm paßt. Es wies Kollege Zimmer dieses zurück und betonte die Rechte, die der Zentralvorstand in solchen Sachen uns gegenüber habe. Die Kollegen Toppich und Bohn erklärten ebenfalls die Zurückziehung des Gaubeitrages als den einzuschlagenden Weg. Kollege Bogt gedachte in längerer Ausführung der Agitation im Zentral- sowie früher im Lokalverbande, woraus er erkannt habe, daß Breslau von jeher immer auf sich selbst angewiesen war. Es sprachen nochmals Senk und Gogsch, letzterer beharrt darauf, die 100 Mk. vorläufig nicht abzuschicken und glaubt auf dem bevorstehenden Gewerkschaftskongreß die Sache zu regeln. Der Vorsitzende überzeugt den Kollegen Gogsch jedoch, daß der Kongreß sich nicht damit befassen würde. Es wurde sodann aus der Versammlung eine Resolution überreicht. Dieselbe lautet:

„Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung beschließt, vom 1. Januar 1902 ab dem Hauptvorstande die Mittel, welche wir zur Gaukasse geleistet haben, zu entziehen, weil es nicht angängig ist, daß uns der geringe Zuschuß, welchen die Hauptkasse zur Erhaltung unseres Arbeitsnachweises geleistet, entzogen wird. Vielmehr wäre es am Platze für die rege Agitation, die Breslau geleistet, eine Zulage zu gewähren."

Diese Resolution fand dann auch einstimmig Annahme und schloß hiemit dieser Punkt der Tagesordnung.

Darauf erörterte der Vorsitzende Kollege Zimmer die eigenartigen Lohnzahlungsverhältnisse der großen Fabrikniederlage in Steingut 2c. Villeroy u. Boch, hier. Es sollte der Lohn von jetzt ab nach Prozentsatz gezahlt werden, natürlich zum großen Schaden der Arbeiter. Diese verweigerten ihre Zustimmung und erhielten sämmtlich die Kündigung. Es wurde beschlossen, die Sperre über diese Firma zu verhängen. Mit einigen Worten des Kollegen Bogt über die bevorstehende Reichstagswahl schloß die Versammlung.

Charlottenburg. Am 6. Februar fand die Generalversammlung bei Sitter, Kantstraße 99, statt. Der Kollege Förster gab den Vorstandsbericht. Es wurden im Laufe des Jahres 4 Generalversammlungen, 6 Mitglieder- und 3 öffentliche Versammlungen abgehalten, außerdem fanden 36 Vorstandssitzungen statt. Zur Agitation fanden in den einzelnen Bezirken und Betrieben Besprechungen statt. Der Mitgliederbestand ist trotz eifriger Arbeit der Kollegen herabgegangen und ist dies theils in den jetzigen schlechten Verhältnissen sowie darin zu suchen, daß die Kollegen der Mörtelwerke durch ihr unüberlegtes Vorgehen im vorigen Frühjahr den Verband schädigten. Kollege Heitmann gab den Kassenbericht. Laut desselben betrug die Jahreseinnahme 1426,65 Mk., die Ausgabe 1340,68 Mk., sodaß am 1. Januar 1902 ein Bestand von 85,97 Mk. zu verzeichnen war. An Unterstützungen wurden gezahlt für Arbeitslose 63 Mk., Krankenunterstützung 62,50 Mk., für Gemaßregelte 58 Mk., Sterbegeld 30 Mk. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Bücher und Belege. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt sowie ein Maßkogeld von 10 Mk. bewilligt. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Wahl der gesammten Ortsverwaltung" hatte folgendes Ergebniß: Ernst Förster als erster Bevollmächtigter, Hermann Heitmann erster, Max Prill zweiter Kassirer und Stellenvermittler, Bollenhin als Schriftführer, Käpernick und Starke als Beisitzer und Rosenkranz und Goldberg als Revisoren. Sodann gab Kollege Förster den Bericht der Gewerkschaftskommission. Eine Diskussion hierüber fand nicht statt und wurde Kollege Förster als Delegirter wiedergewählt und als zweiter Kollege Käpernick gewählt. Ueber die neu vorzunehmende Bezirkseintheilung entspann sich eine lebhafte Debatte, alle Kollegen waren dafür, daß man alles versuchen müsse, um die große Zahl der abseits stehenden Kollegen zu gewinnen. Als Bezirksführer wurden gewählt: für Halensee Starke, für Wilmersdorf Käpernick und für Charlottenburg Rosenkranz und Zühlsdorf.

Dresden. Eine öffentliche Kutscherversammlung fand am 22. Januar im Restaurant Geißler, Plauen, statt. Kollege Otto Richter aus Chemnitz hielt einen sehr interessanten, äußerst fesselnden Vortrag über: „Der wirthschaftliche Niedergang und seine Folgen für die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter", sowie einen zweiten über: „Die Vortheile der Organisation". An der Debatte betheiligten sich verschiedene Kollegen, die sich sämmtlich im Sinne des Referenten aussprachen.

Eine Versammlung für die in Petroleumgeschäften thätigen Kutscher und Arbeiter fand am 23. Januar bei Stötzer, Schäferstraße 44, statt. Kollege Otto Richter Chemnitz, ging auf die Verhältnisse der in Petroleumgeschäften thätigen Kollegen näher ein und zeigte, wie in anderen Orten die Kollegen dieser Branche durch unseren Verband große Vortheile errungen haben. Die Debatte gestaltete sich äußerst lebhaft und deshalb sehr interessant, weil von den Firmen Eberth u. Komp., Marquardt Vertreter der Unternehmer sich aussprachen. Diese beiden Herren Kulpve und Opitz betonten, daß die Kollegen, welche bei diesen Firmen in Arbeit stehen, sehr zufrieden seien und wunderten sich daher, daß seitens unseres Verbandes gerade für diese Kategorie eine Versammlung einberufen worden sei. Die lebhafte Debatte bewies, daß die Zufriedenheit der Arbeitnehmer auch in den Petroleumgeschäften nicht weit her ist. Der Referent forderte die Anwesenden auf, dem Verbande beizutreten, soweit sie noch nicht Mitglieder desselben sind, sowie treu und fest zusammen zu halten. Hierauf erfolgte die Schluß der gut besuchten Versammlung.

Desgleichen fanden am Dienstag, den 28. Januar, in Mickel's Restaurant, Schönbrunnstr. 1, und am Mittwoch, den 29. Januar, in der „Deutschen Eiche", Huttenstraße, Versammlungen statt, in welcher Kollege Richter-Chemnitz über dasselbe Thema wie in Plauen sprach. Während die Versammlung bei Mickel leidlich gut besucht war, konnte man dies von der Versammlung in der Eiche nicht sagen. Im Gewerkschaftlichen gelangte zur Sprache, daß die Waldschlößchen Brauerei ihren Kutschern einen wöchentlichen Lohnabzug von 1 Mk. als Weihnachtsgeschenk zukommen ließ. Bei Gelegenheit der Erprobung eines mechanischen Schlitzengs sprach sich der Direktor in einer Weise über die Kutscher aus, wie man es eben nur von diesen Herrn erwarten kann. Ebenso fanden am Sonnabend, den 1. Februar, im Forsthaus zu Radeberg und am Sonntag, den 2. Februar, im „Weißen Roß" zu Pirna öffentliche Kutscherversammlungen statt, in welchen Kollege Richter referirte. In beiden Orten giebt es einzelne Kutscher, die alljährlich einen Ball veranstalten und den Ueberschuß in ihre Tasche stecken. Dieses Gebahren wurde sehr abfällig beurtheilt, was den Veranstalter des Kutscherballes in Pirna, der anwesend war, derart verschnupfte, daß er nach Verlassen des Lokals sehr heftig schimpfte und erklärte, er würde dafür Sorge tragen, daß die Kutscher von Pirna und Umgegend nicht in unseren Verband eintreten sollen. Trotz alledem ließen sich ein paar Kollegen als Mitglieder aufnehmen. In Zehlista ist jüngst ein Kollege verunglückt und behaupten die Unternehmer, derselbe sei betrunken gewesen. Es waren Versammlungsbesucher da, die das Gegentheil beweisen können. Da die Kutscher zum Futterschütten fort mußten, erfolgte Schluß der Versammlung, nachdem Kollege Richter in seinem Schlußwort die Kutscher ermahnt hatte, für den Zusammenschluß der Kollegen zu arbeiten, damit bessere Zustände erreicht werden können.

Elberfeld. Am Sonntag, den 26. Januar, wurde unsere General-Versammlung abgehalten. Kollege Tschaepe verliest das Protokoll der letzten Mitglieder-Versammlung, welches für richtig befunden wird.

Kollege Dettmering bedauert, daß gerade in der heutigen Versammlung die Kollegen fehlen, welche sonst immer da sind und kann er es sich nicht anders erklären, als daß dieselben aus Angst vor einem Amt nicht erschienen sind. Im Anfang vorigen Jahres wurde Kollege Dettmering zum Bevollmächtigten ernannt und während dieser Zeit haben 16 Versammlungen und 14 Sitzungen stattgefunden. Ferner wurden 10 Vorträge gehalten, wovon der Bevollmächtigte 8 und der Kollege Grabbe 2 hielt. Feste waren 2 zu verzeichnen. Redner kommt hierauf auf den Arbeitsnachweis zu sprechen, welcher am 1. Oktober gegründet wurde und giebt in ausgiebiger Weise den Bericht von der Thätigkeit des Bureaus bekannt. Es sind z. B. 136 Fälle in den verschiedensten Gebieten erledigt worden und welche zum größten Theile unseren Kollegen zum Vortheil wurden. Nachdem die Mißstände der Firmen Schmerfeld, Mörth und Seibel zur Sprache gekommen waren, kamen wir zur Vorstandswahl. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Kollege Dettmering, 2. Vorsitzender Grabbe, 1. Kassirer Hutz, 2. Kassirer Ehrh. Ritz, Schriftführer Tschaepe und als Revisoren die Kollegen Richter, Bitz und Jansen. Als Vereinswirth wird Herr Otto Leithhäuser gewählt. Zum 4. Punkt wird zur Sprache gebracht, daß unbedingt für die Nordstadt etwas mehr gethan werden muß und laut Beschluß sind jeden 2. Sonntag im Monat Vormittags 11 Uhr die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen in der Nordstadt bei Herrn Funke, Wiesenstraße, abzuhalten. Kollege Grabbe wird mit der Leitung dieser Versammlungen betraut und die Kollegen aufgefordert, recht rege für die Versammlung zu agitiren, damit wir auch mit der großen Masse der indifferenten Kollegen Fühlung bekommen. Hierauf schließt Kollege Dettmering mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die Versammlung.

Fürth. Jahres-Generalversammlung am 19. Januar im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht, Neuwahl der Ortsverwaltung, Verschiedenes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Andenken der verstorbenen Kollegen Tiefel, Nuß, Dörnhöfer, Lang und Bauer in der üblichen Weise geehrt. Hierauf erstattete Kollege Schubert den Geschäftsbericht, aus dem wir folgendes hervorheben. Abgehalten wurden 5 öffentliche und 13 Mitgliederversammlungen, 23 Verwaltungs- und 4 kombinirte Sitzungen mit anderen Korporationen. Eingegangen sind 72 Briefe, 37 Packete und 16 Drucksachen. Ausgegangen sind 63 Briefe, 2 Packete und 23 Drucksachen. Außerdem sind noch eine Anzahl Flugblätter, 4 Handzettel unter die hiesigen Kollegen vertheilt worden. Eine Eingabe wurde gemacht nach München an die Generaldirektion der Bayr. Eisenbahn behufs Verbesserung der Güterabfertigung der hiesigen Güterstation. Eine Eingabe an das Staatsministerium in München behufs Erhebungen der Arbeiter in nicht offenen Handelsgeschäften. Eine Eingabe an den hiesigen Magistrat bezüglich der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Eine Eingabe an den hiesigen Magistrat bezüglich Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der städtischen Kutscher. Weiter wurden noch Verhandlungen der Bierführer gepflogen, bei welchen unser Verband als der Vertreter der Interessen der Bierführer vom Unternehmer-Verband anerkannt wurde. Auf letztere werden wir in nächster Zeit noch zurückkommen. Der Mitgliederbestand beträgt zur Zeit 157. Den Kassenbericht, welcher ein sehr befriedigendes Resultat zeigt, giebt Kollege Sulzer.

Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Reinmüller 1. Bevollmächtigter, Pempointner 2. Bevollmächtigter, Fuchs Schriftführer, Sulzer Kassirer. Bei der Wahl der Revisoren und Beisitzer wurde auf die verschiedenen Branchen Rücksicht genommen. Revisoren: L. Schmid (Handelsarbeiter), Storch (Geschäftskutscher). Beisitzer: Schubert (Handelsarbeiter), Schneider (Bierführer), Fuckerer (städt. Kutscher), Kolb (Rollkutscher) Ersatzleute: Stöhr und Ebbauer (Handelsarbeiter).

Die Regelung der Krankenunterstützung wurde nach dem Vorschlag der Verwaltung einstimmig angenommen. Die Versammlungen finden in Zukunft jeden zweiten Dienstag im Monat statt. Hierauf Schluß.

Hannover. Generalversammlung am 26. Januar. Kollege Thiele gab den Geschäftsbericht. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Einnahmen 443,59 Mk. betrugen. Diesen steht eine Ausgabe von 409,59 Mk. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 34 Mk. verbleibt. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Thiele, Bevollmächtigter; Lieker, Kassirer; Weinling und Albuschat, Schriftführer; als Kartelldelegirte wurden die Kollegen Röhrkasten und Albuschat gewählt; als Hilfskassirer wurden die Kollegen Steube und Hoff gewählt. Zum Schluß ermahnte Kollege Thiele die Kollegen noch, die Versammlungen besser als bisher zu besuchen und stets für den Verband zu agitiren.

Kaiserslautern. Mitgliederversammlung vom 9. Februar. Nachdem beschlossen war, vom 1. März ab die 30 Pf.-Beiträge einzuführen, wurde mitgetheilt, daß ein Mitglied von uns, welches erkrankt sei, von den Mitgliedern des Kutscher- und Hausburschenvereins verspottet werde, weil es von uns kein Krankengeld erhalte. Kollege Eckardt-Mannheim bemerkt hierzu: 1. Hat der kranke Kollege von uns nichts verlangt, weil er vernünftig genug ist, um einzusehen, daß man nach einer Mitgliedschaft von wenigen Wochen noch keine Unterstützung verlangen könne. 2. Sollten sich die Mitglieder des Kutschervereins beruhigen, denn sie würden nicht nöthig haben, unsere Kranken zu unterstützen. Wenn ein Mitglied unserer Verwaltungsstelle in Noth käme und es sei noch nicht unterstützungsberechtigt, so würden unsere Pfälzer Kollegen dem Nothleidenden beistehen. In Ludwigshafen, Frankenthal, Neustadt, Speyer und auch außerhalb der Pfalz werde kein Verbandsmitglied sich weigern, seine Scherflein beizusteuern, wenn ein ehrlicher Kamerad von uns in großer Noth ist. Dafür sind wir Mitglieder eines Zentralverbandes, in dem kein Mitglied das andere im Stich läßt. Das Kutscherveinchen soll seine paar Mark gut aufheben, es wird sie brauchen, denn wenn seine Mitglieder alt und steif werden, werden sie zum Dank für ihre langjährige Fuchsschwänzerei und Wohldienerei einen Tritt in den — — — Rücken bekommen und brodlos werden. Dann sind sie von aller Welt verlassen. Die Herren haben sie ausgenutzt und nehmen sich jüngere, bessere Kräfte und wir kümmern uns nicht um sie, denn Leute, die ihr ganzes Leben lang vor dem Unternehmen gezittert und gebebt haben und uns bei jeder Gelegenheit anzuschwärzen und zu verklatschen suchten, betrachten wir nicht als ehrliche Kameraden. Welch bodenlos feige Mitglieder der Kutscherverein hat, beweist folgende Thatsache:

Vor zwei Jahren schrieb Eckardt dem Vorstand des Kutscherverein einen Brief, in dem er anfragte, ob die Mitglieder bereit wären, an einer öffentlichen Versammlung theilzunehmen. Am 18. Februar 1900 schrieb dann der Vorstand an Eckardt, er habe eine heillose Angst vor dem Zentralverband und verdarf sich mit Entsetzen jede weitere Annäherung von uns. Als dann im Oktober 1901 unsere Verwaltungsstelle gegründet wurde, erwähnte Eckardt in der ersten Versammlung auch den Brief, ohne zu wissen, daß der Briefschreiber anwesend war. Nach Schluß der Versammlung fragten wir ihn: „Du warst doch damals Vorstand vom Kutscherverein, hast Du den Brief geschrieben? Karl Zapp aber antwortete uns: „Wie könnt Ihr so etwas von mir denken? Nicht ich, sondern Prouttong war es, der den Brief schrieb." Nun ersuchten wir Eckardt, den Brief mitzubringen. Das geschah und siehe da, in deutlichen Schriftzügen steht darunter: Karl Zapp. Also nicht einmal so viel Courage besitzt man mehr, um sich Kollegen gegenüber zu dem zu bekennen, was man selbst schrieb. Und das sind Männer aus der Pfalz, sind vielleicht Nachkommen der Wackeren, die vor 52 Jahren bei Kirchheimbolanden ihr Leben für die Freiheit geopfert haben.

Pfälzer Kollegen! Ihr wißt, daß nicht nur wir Kaiserslauterer solche Jammermenschen unter uns haben, sondern daß sie in der ganzen Pfalz vorkommen. Ihr wißt aber auch, daß wir noch einen Stamm von Kollegen haben, der sich vor dem Teufel nicht fürchtet. Zu leichten Arbeiten, zu Spitzereien nimmt man jene Brüder, weil sie für richtige Arbeiten nicht zu brauchen sind. Um uns auszuspioniren, unsere Löhne zu drücken, steckt man sie zwischen

uns, aber wenn es heißt, Nachts mit dem Weinwagen über Land fahren, Stämme aus dem Wald zu holen oder Fuhren zu machen, zu denen ein richtiger Fuhrmann gehört, dann sind wir gerade gut genug dazu.

Habt Ihr jemals einen von jenem Kaliber Nachts auf der Landstraße getroffen? Nein, denn sie würden sich todt fürchten und kein Fuhrunternehmer würde es wagen, ihnen Nachts Gäule und Ladung anzuvertrauen. Uns aber jagt man hinaus. Während wir uns in den Nächten abschinden, liegen jene im Bett. Wir müssen ihren Lohn mitverdienen und sie grübeln darüber nach, wie sie uns am Morgen wieder anschwärzen können. Uns schlecht zu machen, das ist die einzige Kunst, die sie verstehen. Kaiserslautern ist die jüngste Verwaltungsstelle der Pfalz. Unsere Mitgliederzahl ist noch klein, aber zusammen halten wir wie die Kletten und niemals wird einer von uns dem Verband wieder untreu werden. Wenn die Pfälzer Verwaltungsstellen Hand in Hand arbeiten, dann muß es uns gelingen, in kurzer Zeit den letzten ehrlichen Fuhrmann für den Verband zu gewinnen und dann werden wir unserem ältesten Pfälzer Mitglied, dem Kollegen Ehrhardt in Ludwigshafen, der sich immer so grimmig ärgert über das Gelichter, das sich in unserem Beruf breit macht, den Beweis liefern, daß Pfälzer Fuhrleute auch ohne Polizei diejenigen aus dem Beruf hinausschmeißen können, die nicht hinein gehören.

Leipzig. Generalversammlung vom 29. Januar. An Stelle des erkrankten Kollegen Blauschmidt giebt Kollege Sängerlaub den Geschäftsbericht, wonach im letzten Quartal 5 Verwaltungssitzungen stattfanden, außerdem 15 öffentliche Versammlungen abgehalten resp. einberufen wurden; 11 konnten stattfinden, 1 wurde verboten von seiten der Amtshauptmannschaft (in Leutzsch), 3 konnten wegen schlechten Besuchs nicht stattfinden. Im allgemeinen hebt er hervor, daß die Ortsverwaltung bestrebt gewesen sei, das zu thun, was unserer Ortsverwaltung zu Nutz und Frommen gewesen sei. Wenn auch nicht alles so nach Wunsch gegangen sei, so hätte es doch an dem guten Willen und der Mitwirkung der Ortsverwaltung nicht gefehlt. Er giebt noch ein Resumee über das vergangene Jahr und erwähnt, daß auch der Tod Lücken in unsere Reihen gerissen habe. Kollege Schmidt giebt hierauf den Kassenbericht. Die Einnahmen stellen sich im letzten Quartal auf 4936,31 Mk., die Ausgaben auf 4660,11 Mk., so daß ein Kassenbestand von 276,20 Mk. verbleibt. Schmidt bemerkt, daß, wenn man auch nicht von großen Fortschritten sprechen könne, so bedeute doch der Gesammt-Markenumsatz, den wir im verflossenen Jahre gehabt hätten, den vorhergehenden Jahren gegenüber nicht nur ein Fortschreiten, sondern auch die verschiedenen Zwistigkeiten sowohl wie die wirthschaftliche Depression hätten nicht das gebracht, was befürchtet wurde. Im allgemeinen könne der Gesammt-Jahresabschluß als gut bezeichnet werden. Im Bureau seien Schriftstücke eingegangen im letzten Quartal 102 Stück, ausgegangen 340 Stück. Der Arbeitsnachweis wurde zwar von den Kollegen frequentirt, doch seien nur im letzten Vierteljahr drei Stellen gemeldet worden. Arbeitslose hatte unsere Organisation 89 Unterstützungsberechtigte, die 713 Tage feiern mußten. Die Zahlen würden allerdings höher sein, wenn diejenigen mit hinzugerechnet werden sollten, die nicht unterstützungsberechtigt seien, die es aber verabsäumen, sich im Bureau zu melden, weil sie wußten, daß Arbeit doch nicht zu haben sei. Unsere Mitgliederzahl sei am Jahresschluß 1325. An Arbeitslose sei gezahlt worden im letzten Quartal 228,40 Mk. Dieser Betrag wurde von der Hauptkasse bezahlt. Rechne man hinzu, daß im letzten Quartal für Kranken- und Reiseunterstützungen von Leipzig 716,52 Mk. gezahlt wurden, so betrüge die Gesammtsumme 944,92 Mk., das sei gewiß anzuerkennen bei einer derartigen Mitgliederzahl. Auch habe der örtliche Unterstützungsfonds eine Mehreinnahme zu verzeichnen; er sei von 867,78 Mk. auf 925,72 Mk. gestiegen, trotzdem bereits dem Verein zur Fürsorge für kranke Arbeiter 25 Mk. davon überwiesen worden seien. Schmidt erklärt, wenn jeder sein Möglichstes thue im neuen Jahre, so würde zweifelsohne das Ergebniß am Ende noch ein besseres sein wie im vergangenen Jahre. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die 25 Mk., die dem Verein zur Fürsorge für kranke Arbeiter überwiesen worden waren. Nachdem aber genügender Aufschluß auf verschiedene Fragen gegeben war, einigte man sich. Der Antrag der Revisoren auf Entlastung des Kassirers wurde gegen die Stimme des Kollegen Schubert angenommen. Ein weiterer Antrag, dem Kassirer 30 Mk. Zählgeld zu bewilligen, wurde mit Majorität angenommen; ein weiterer Antrag aber, dem neuzuwählenden Kassirer 33 Mk. pro Woche zu bewilligen, wurde abgelehnt. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab als 1. Bevollmächtigten Kollegen Sängerlaub, als 2. Bevollmächtigten Kollegen Fr. Gräfe, als 1. Kassirer und Bureaubeamten Fr. Schmidt I, als 2 Kassirer Oelschlägel, als 1. Schriftführer R. Stange, als 2. Schriftführer Gödite, als Beisitzer die Kollegen Bergander, Schirt und Weiswange; als Revisoren die Kollegen Loose, Schubert und Möbner. In den Ausschuß wurden gewählt die Kollegen Zukel und Ernst Dietrich. — Außerdem wurden noch die Kollegen in Vorschlag gebracht, die als Generalversammlungs-Vertreter dem Gewerkschaftskartell genannt werden sollen, jedoch soll die neugewählte Ortsverwaltung das Recht haben, einzelne Aenderungen vorzunehmen.

Ludwigshafen. In unserer letzten Mitglieder-Versammlung wurde nach Erledigung innerer Angelegenheiten die Ortsverwaltung neu gewählt. Kollege Malländer wurde als 1. Bevollmächtigter wiedergewählt. Kollege Schweikert, der seit 3 Jahren das Kassiereramt zur allgemeinen Zufriedenheit bekleidet hatte, war leider nicht zu bewegen, den Posten wieder anzunehmen. Er wurde als 2. Bevollmächtigter gewählt. Zum Kassirer wählte die Versammlung einstimmig den Kollegen Fritz Hörle.

Mainz. Mitgliederversammlung vom 2. Februar 1902. Der Bevollmächtigte erstattete den Jahresbericht, aus dem hervorzuheben ist, daß vom 4. Quartal 1900 bis zum Schluß des 3. Quartals 1901 unsere Mitgliederzahl weder ab- noch zugenommen hat. Das Vermögen unserer Ortskasse aber stieg mit jedem Quartal, trotzdem enorm hohe Summen für Krankengeld ausgegeben werden mußten. Eckardt erklärte, er und die übrigen Ortsverwaltungsmitglieder hatten in den 3 ersten Quartalen 1901 ihr Hauptaugenmerk auf die Beseitigung des eingerissenen Schlendrians richten müssen. Nachdem dann gründlich Ordnung geschaffen war, sei im 4. Quartal eine rührige Agitation zur Anwerbung neuer Mitglieder entfaltet worden, die denn auch von gutem Erfolge war. In die neue Ortsverwaltung wurden gewählt: Eckardt erster, Greb zweiter Bevollmächtigter; Kassirer Ernst Loß; Schriftführer Adelmann. Revisoren: Beith, Brosius, Stoß, Göglein. Kartelldelegirte: Heymandt und Goß.

Da viele unserer Mitglieder über einzelne Paragraphen unseres Statuts im Unklaren sind, wird Kollege Eckardt in der nächsten Mitgliederversammlung am 9. März, Abends ½9 Uhr im Gutenberg referiren über die §§ 1, 5, 6, 7 und 8. Die Mitglieder werden dringend ersucht, vollzählig zu erscheinen und ihre Bücher mitzubringen, damit sie die einzelnen Paragraphen nachschlagen können.

Mannheim. In unserer Mitgliederversammlung vom 2. Februar referirte Herr Arbeitersekretär Katzenstein über Genossenschaftswesen. Das Genossenschaftswesen ist nicht neu. Früher waren es bürgerliche Politiker (Schulze-Delitzsch u. a.), die in demselben das Allheilmittel zur Lösung der sozialen Frage erblickten. Lassalle hatte Recht, wenn er diese Ansicht bekämpfte, schoß aber weit über das Ziel hinaus, indem er den Genossenschaften jeden Werth abstritt. Erst in jüngster Zeit ist in Deutschland der richtige Schwung in die Genossenschaftsbewegung gekommen, nachdem seit 1889 durch Einführung der beschränkten Haftpflicht die Mitglieder nur noch für einen bestimmten Betrag haften und nicht mehr wie früher bis auf das Letzte ausgepreßt werden können. Sollte der Mannheimer Konsumverein jemals fallren, was aber bei der erfreulichen Entwickelung desselben ausgeschlossen ist, so kann das Mitglied nur für 30 Mk. haftbar gemacht werden. Mehr als das Gesetz der beschränkten Haftpflicht hat das Emporwachsen der Gewerkschaftsorganisationen zur Ausdehnung des Konsumvereinswesens geführt. Das Organisationsprinzip mußte dahin führen, daß der Arbeiter sich sagt: „Es genügt nicht, daß ich gewerkschaftlich und politisch bin, auch als Käufer muß ich mich organisiren.“ Gewerkschaft und Genossenschaft müssen Hand in Hand arbeiten. Das Genossenschaftswesen ist die Ergänzung der Arbeiterbewegung, der es Rückgrat und Stütze verleiht. Ohne Maßregelung befürchten zu müssen, können die Angestellten der Konsumvereine ihre freie Zeit der Gewerkschaft widmen. Eine Reihe sozialpolitischer Forderungen, die als undurchführbar in allen Tonarten verschrien wurden, sind von Konsumvereinen längst verwirklicht. Es ist der Beweis geliefert, daß Hausindustrie und Schwitzsystem abgeschafft, der 8-Stundentag im Bäckergewerbe eingeführt werden kann, ohne daß dadurch das Gewerbe Schaden erleidet. Schwere Kämpfe waren nothwendig, um den Neunuhrladenschluß herbeizuführen — die Konsumvereine schließen um 8 Uhr und fahren gut dabei. Fuhrunternehmer und leider auch viele organisirte Fuhrleute meinen, der 16stündige Arbeitstag könne im Fuhrgewerbe unmöglich abgeschafft werden — und doch giebt es keinen Konsumverein, der seine Fuhrleute länger als 12 Stunden beschäftigt. Redner schildert die gewaltige Entwicklung einer Anzahl deutscher, schweizer und englischer Konsumvereine durch den Zusammenschluß der Konsumvereine in Einkaufsgesellschaften, die wieder der deutschen Großeinkaufsgesellschaft angegliedert sind, wird den Mitgliedern der Nutzen des Großeinkaufs zu theil. Die Großeinkaufsgesellschaft bezieht ihre Waaren in ganzen Schiffsladungen oder Eisenbahnwaggons. Sie hat im Binnenland, auch in Mannheim z. B. Filialen und Niederlagen errichtet. Jeder Fuhrmann muß aus seinem Beruf wissen, daß durch dieses System allein an Fracht bedeutende Ersparnisse gemacht werden, die der kleine Händler, der seine Waare in einzelnen Säcken oder Kisten bezieht, nicht machen kann.

Einkauf im allergrößten Maßstabe, großer und geregelter Umsatz, niedrige Preise, reelles Gewicht, Lieferung von unverfälschter und unverdorbener Waare und Ein- und Verkauf nur gegen Baarzahlung — das sind die Grundsätze, auf denen die Konsumvereine errichtet sind. Wenn die Baarzahlung auch manchem Arbeiter schwer fällt, so ist sie doch keinem unmöglich. Der gesunde Verstand muß ihm sagen, daß durch den Kredit, den ihm der Händler gewährt, sein Einkommen um kein Jota wächst, sondern daß er abhängig von seinem Gläubiger wird und sich für seine sauer verdienten Pfennige schlecht gewogene, minderwerthige, halbverdorbene Waare aufhängen lassen muß, ohne etwas dagegen thun zu können. Sagt sich der Arbeiter aber: „So viel verdiene ich, es ist nun einmal vorläufig nicht mehr, ich muß mich so einrichten, daß ich damit auskomme“, dann wird es auch gehen. Auch in Zeiten schlechten Verdienstes oder vorübergehender Arbeitslosigkeit wird ein treues Mitglied des Konsumvereins, welches alle seine Waaren von demselben bezogen hat, nicht genöthigt sein, Kredit zu suchen, weil es sich an Dividenden einen Fonds gespart hat, der ihm über die schlechte Zeit hinweghilft. Auch der rückständigste Arbeiter wird einsehen, daß er im Interesse seiner Familie seine Waaren dort kaufen muß, wo er dieselben am besten und billigsten erhält. Die organisirte Arbeiterschaft aber wird mehr und mehr einsehen, welche Macht die Arbeiter als Käufer in Händen haben. Auf dem Gebiete des Konsums der nothwendigsten Lebensbedürfnisse liegt die Macht, nicht im Kapital der Verkäufer, auch nicht in den Händen der Angehörigen sogenannter besserer Stände, die als Konsumenten nur eine nebensächliche Rolle spielen, sondern in der Masse der Arbeiter.

Wir sind uns stets klar darüber gewesen, daß mit Genossenschaften allein der Himmel nicht gestürmt, die soziale Frage nicht gelöst werden kann, aber wir sind auch nicht die Thoren, die ein so werthvolles Mittel zum Zweck unbenutzt lassen. (Lebhafter Beifall.)

Den Kartellbericht erstattet Kollege Eckardt. In den Gauvorstand wird Adam Schmitt gewählt. Es wird darauf hingewiesen, daß nicht, wie irrthümlich angenommen wird, die 30 Mk. Eintrittsgeld für den Konsumverein auf einmal bezahlt werden müssen, sondern daß die Einzahlung in Raten von 50 Pf. geschehen kann. Wer 50 Pf. bezahlt hat, kann Waaren entnehmen. Anmeldungen zum Eintritt in den Konsumverein werden im Verbandslokal T. 2, 7, sowie bei den Kollegen Schmitt R. 4. 2 und Eckardt S. 3. 10 jederzeit entgegengenommen.

München. Die Entlassung von 3 Mann der hiesigen Lader-Innung gab den Anlaß zu einer riesig besuchten Versammlung von Angehörigen dieses Betriebes; dieselbe fand am Sonntag, den 9. Februar, im Lokale des Kollegen Rosen, Schwanthalerstr. 155, statt und referirte Kollege Dobler über die Haftpflicht der Unternehmer. Die oben erwähnten Kollegen wurden entlassen, weil denselben eine Kiste erbrochen und der Hälfte des Inhalts beraubt wurde und weil sie sich weigerten, den Schaden von 42 Mk. zu ersetzen, da eine Fahrlässigkeit ihrerseits nicht vorliegt.

Die vom Verband eingeleiteten Versuche, die ihres Verdienstes Verlustigen wieder zu beschäftigen, scheiterten an dem starren Willen der Direktion der Lader-Innung und können dieselben nun anderswo um Arbeit sich umsehen, obwohl sie schon längere Zeit, einer der Kollegen sogar schon über 15 Jahre, im Betrieb beschäftigt waren.

Den sachlichen Ausführungen des Referenten wurde reicher Beifall gezollt und in der lebhaften Diskussion klagten die Redner, daß es ihnen oft unmöglich sei, die Kisten und Ballen zu untersuchen, ob dieselben im richtigen Zustande sich befinden, da oft eine Treiberei herrsche, anderntheils die Wagen schon beladen seien, aber dennoch bei Vorkommnissen, wie z. B. demjenigen, welchem die drei Kollegen zum Opfer fielen, meist die Unschuldigen darunter zu leiden haben.

Zum Schlusse wurde der Verband beauftragt, nochmals bei der Direktion der Lader-Innung vorstellig zu werden, die geschilderten Mängel zur Sprache zu bringen und eventl. zu ermitteln, daß den drei, anscheinend zu Unrecht entlassenen Kollegen wieder ihre Stelle gegeben werde. Die entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen und nachdem der 1. Bevollmächtigte zu reger Agitation und festem Zusammenhalten aufgefordert hatte, fand die Versammlung ihr Ende, in der sich noch einige neue Mitglieder dem Verbande anschlossen.

Neustadt a. H. In unseren beiden letzten Mitgliederversammlungen referirten die Kollegen Geil-Ludwigshafen und Eckardt-Mannheim. Unsere Verwaltungsstelle war im letzten Jahre einigleist und längere Zeit hinweg nicht vorwärts zu bringen. Jetzt klappt es wieder. Neue Mitglieder sind aufgenommen. Herrn Bolgt-Ludwigshafen sind wir Dank schuldig. Er war in letzter Zeit wiederholt hier, um einen Lokalverein zu gründen und erreichte durch seine Hetzerei das Gegentheil von dem, was er erreichen wollte. Wir laden ihn ein, nochmals zu kommen, damit wir uns persönlich bedanken können.

Nürnberg. Sonntag, den 11. Februar, Nachmittags, fand die alljährliche Hauptversammlung statt. Nach Verlesung des letzten Protokolls gab der Vorsitzende, Kollege Maar, einen detaillirten Bericht über das vergangene Jahr. Hieraus ist zu entnehmen, daß die zu Ostern stattgehabte Generalversammlung unseres Verbandes vielerlei Vorarbeiten bedurfte, um das Arrangement zu einem allgemein zufriedenstellenden zu gestalten. Weiter versuchten wir, die Ideen unseres Verbandes in verschiedene Berufszweige hineinzutragen mit mehr oder minderem Erfolge. Besonders die in den hiesigen Kranken- und Sterbekassen ꝛc. angestellten Einkassirer suchten wir zu wiederholten Malen zu veranlassen, sich unserem Verbande anzuschließen, leider ziehen es diese Durch- und Durch-Gewerkschaftler vor, ihren bisherigen — fast nur — Klimbimvereinen mit einigen gewerkschaftlichen Paragraphen zu übertünchen und den Lokalverein aufrecht zu erhalten. Weiter bedauerte der Vorsitzende, daß seitens des Zentralvorstandes sowie Gauleiters in Bezug auf die Agitation Nürnberg so ganz stiefmütterlich behandelt worden sei. Der Kassenbericht, den Kollege Bauernfeind giebt, weist eine Einnahme von 2022,45 Mk. und eine Ausgabe von 1837,48 Mk. auf, so daß ein Kassenbestand von 184,97 Mk. bleibt. Die Sterbekasse hat ein Vermögen von 487,50 Mk. Hierauf wurden die Neuwahlen vorgenommen. Die Präsenzliste weist 43 Kollegen auf. Als erster Bevollmächtigter wurde Kollege Maar, als zweiter Kollege Schwab und als Kassirer Kollege Bauernfeind, sämmtlich mit großer Majorität wiedergewählt. Nachdem Kollege Dobler eine Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege Leibold als Schriftführer gewählt. Die Stellungen der Revisoren wurden den Kollegen Seiffert, Schmidt und Oehler übertragen. Als Stellenvermittler wurde der bisherige, Kollege Bachmeier, sowie ebenfalls der seitherige Bibliothekar, Kollege Plank, einstimmig wiedergewählt. Kollege Maar giebt hierauf einen Bericht über das Arbeitersekretariat und macht die Kollegen besonders auf den demnächst gedruckt erscheinenden Bericht aufmerksam, desgleichen wurde beschlossen, die Beiträge zum Sekretariat den jeweiligen Kassenverhältnissen entsprechend zu erhöhen.

Ein Antrag des Kollegen Roßkopf, für Nordbayern die Anstellung eines Gaubeamten zu beantragen, wurde nicht befürwortet, dagegen beschlossen, ab 1. Januar 1902 — im Interesse der Agitation — **den Gaubeitrag zu bezahlen** und abzuwarten, ob dann ebenfalls nicht mehr geschieht seitens des Zentralvorstandes und Gauleiters wie bisher, und zieht hierauf Kollege Roßkopf seinen Antrag zurück.

Nach Erledigung weiterer kurzer diverser Angelegenheiten schließt der Vorsitzende mit einem warmen Appell zu einem tüchtigen, allseitigen Zusammenarbeiten, besonders angesichts der Krise, die Versammlung.

Wiesbaden. Unsere Generalversammlung fand am 2. Februar statt. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Erster resp. zweiter Bevollmächtigter die Kollegen Johann Kaufmann und Peter Göttert. Schriftführer Jakob Bücher. Kassirer Georg Glock. Zu Revisoren wurden die Kollegen Christian Lackers, Wilhelm Maxeiner und Heinrich Tempel gewählt. Als Delegirter zum Gewerkschaftskartell wurde Kollege Kaufmann bestimmt. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Worms. Mitgliederversammlung vom 8. Februar. Es wurde ein Referat über unser Krankenkassenstatut und über die Unterstützungen, die der Zentralverband gewährt, vom Kollegen Eckardt gehalten. Ein Beschluß über das Regulativ wurde auf Anrathen des Referenten noch nicht gefaßt. Von unseren Lagerhausarbeitern, die bei Gründung der Verwaltungsstelle die ersten Mitglieder waren, gehört keiner mehr dem Verband an. Für uns hat das keinen Werth, sagen sie, und sie haben Recht. Der Wormser Lagerhausarbeiter verdient beinahe halb so viel.

wie sein Kollege in Mannheim und Ludwigshafen. Die Lebensmittel sind in Worms nicht viel theurer als in den genannten 2 Städten, und die Wohnungsmiethe ist gar nicht einmal höher, niedriger ist sie ja auch nicht, aber dafür behilft sich auch die ganze Familie mit einem Raum, in dem sie wohnt, kocht und schläft. Die krankhafte Gesichtsfarbe der Frauen und Kinder kommt nicht von der guten Luft in den Wohnungen, auch nicht von mangelhafter Ernährung, sondern das liegt in der Art. Wenn ein Lagerhausarbeiter wegen seiner Mitgliedschaft gemaßregelt würde, so würde der Verband ihm nicht mehr Unterstützung zahlen, als sein Lohn ausmachte. Er hätte also nichts profitirt. Wenn er aber alt und krank wird, so giebt es ja Armenhäuser in Worms, die Organisation ist also für ihn vollständig werthlos.

Würzburg. Oeffentliche Fuhrmanns-Versammlung vom 26 Januar. Der energischen Agitation des Kollegen Paul Schübel (früher in Ludwigshafen) und einiger weiterer Würzburger Kollegen war es zu danken, daß zum ersten Male eine gut besuchte Versammlung stattfinden konnte. Als Referent war Kollege Eckardt-Mannheim erschienen, der über die traurige Lage der Fuhrleute sprach. Der stürmische Beifall, der dem Redner gezollt wurde, bewies, daß er es verstanden hatte unseren Kollegen vor Augen zu führen, wohin es mit ihnen noch kommt, wenn sie nicht endlich dem Beispiele der übrigen Kollegen Deutschlands folgen. Redner machte darauf aufmerksam, daß wiederholt schon versucht worden wäre, in Würzburg eine Organisation zu schaffen, aber jedes Mal hätten die neuaufgenommenen Kollegen nach ganz kurzer Zeit wieder feige die Flucht aus dem Verbande ergriffen. Er richte heute an Denen die Bitte, entweder garnicht erst einzutreten oder aber, wenn er doch eintrete es mit dem Bewußtsein zu thun: „Ich bin keiner von den neumodischen Fuhrleuten, sondern einer vom alten Schlag; bin ein ehrlicher Kerl, habe mein Wort gegeben, daß ich Mitglied bleibe — und ehrliche Fuhrleute brechen ihr Wort nicht.“ Am Schlusse der Versammlung wurden 31 Mann aufgenommen. Die nächste Versammlung findet am 16. Februar statt.

Würzburg. Am 15. Februar fand unsere erste Mitgliederversammlung statt. Kollege Eckardt führte aus, er habe alle am 26. Januar aufgenommenen Kollegen eingeladen, um ihnen die Frage vorzulegen, ob es nicht besser sei, wenn 25 Pf.-Marken in Würzburg gar nicht erst eingeführt würden. Früher oder später würden die Würzburger Kollegen doch die 30 Pf.-Beiträge einführen und es sei daher zu erwägen, ob es nicht besser sei, wenn das gleich geschehe. Er habe die Mitgliedsbücher ausgeschrieben, aber keine Marken hineingeklebt, sondern von beiden Sorten mitgebracht und stelle es nun ganz in das Ermessen der Kollegen, welche Beiträge sie wählen wollen. Es wird einstimmig beschlossen, sofort die 30 Pf.-Marken zu kleben. Auf Wunsch der Mitglieder erklärt sich Eckardt bereit, vorläufig das Amt des Bevollmächtigten zu übernehmen. Am anderen Tage, den 16. Februar, hatten wir öffentliche Versammlung, in der Eckardt noch einmal den Anwesenden den Werth des Verbandes ans Herz legte.

Von den anwesenden Gegnern meldete sich keiner zum Wort, trotz der mehrmaligen Aufforderung unseres Referenten. Erst nachdem die Versammlung geschlossen war, bekamen die Gegner Kourage und versuchten die Kollegen, die sich aufnehmen lassen wollten, zurückzuhalten. Besonders ein junger Mann, der jedenfalls von Arbeiterbewegung niemals etwas gehört hat, redete eifrig in einzelne Gruppen von Kollegen hinein: „Ich kenne es sehr genau, das ist Schwindel ꝛc.“ Hätte der Herr mit seinen Helfershelfern nicht vorgezogen, heimlich zu verdusten, so würden wir ihn veranlaßt haben, uns zu sagen, womit er seine Beschimpfung beweisen will. Nur ein abgefeimter Schurke oder ein ganz hervorragend dummes Individuum kann unsere Organisation als Schwindel bezeichnen. Von beiden Menschensorten laufen freilich in Würzburg Exemplare herum. Es wurden trotz der Abwiegelung 9 Kollegen aufgenommen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß Kollege Eckardt mehr wie 10 Mal erklärt hat: „Es ist mir lieber, wenn die Kollegen, die sich noch nicht ganz schlüssig sind, vorläufig nicht beitreten. Ich nehme das Keinem übel. Von denen aber, die sich zum Beitritt entschließen, erwarte ich, daß sie unbedingt Mitglied bleiben, damit wir nicht die Komödie wieder erleben, die wir in Würzburg schon mehrere Male hatten, daß heute Kollegen ein- und morgen wieder austreten.“

Wenn die Organisation Schwindel wäre, dann hätte Kollege Eckardt wohl nicht jedem Einzelnen, der sich aufnehmen ließ, gesagt, überlege es Dir lieber noch einmal, ehe Du eintrittst. Wir nehmen an, daß unsere 40 Mitglieder Männer sind, die gewußt haben, was sie thaten, als sie sich aufnehmen ließen. Wer von ihnen wieder austritt, der ist in unseren Augen kein Mann mehr.

An die Würzburger Fuhrleute!

Kollegen Nach Schluß der am 16. Februar stattgefundenen Versammlung wurde, während ich Mitglieder aufnahm, an einem Nebentische der Ausdruck gebraucht: „Das kennen wir ganz genau, das ist alles blos Schwindel“. Als der Herr, der dies gesagt hatte, zur Rede gestellt werden sollte, war er mit einigen anderen verschwunden.

Ich erkläre hiermit öffentlich die Personen, die trotz meiner nochmaligen Aufforderung zu feige waren, sich in der Diskussion zum Wort zu melden, dann aber von Schwindel sprachen, solange für ganz gemeine erbärmliche Lumpen, bis sie entweder den Beweis liefern, daß der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands Jemand beschwindelt hat, oder ihre Beschimpfung zurücknehmen.

Weiter erkläre ich. Wenn der Verband Schwindel ist, dann bin ich ein Schwindler und die 40 Kollegen, die ich aufgenommen habe, sind die von mir Betrogenen. Da aber nur Dumme sich betrügen lassen, so wären die 40 Verbandsmitglieder die dümmsten Fuhrleute von Würzburg. Merkt Euch das.

Kollegen! Die Zeit wird lehren, auf welcher Seite die Dummen sind, und wer zuletzt lacht, lacht am besten.

Ich mache den Mitgliedern bekannt, daß am Samstag, den 8. März, Abends 8½ Uhr, eine Mitgliederversammlung stattfindet, in der wir unser Statut zur Kranken- und Sterbeunterstützung berathen wollen und Mitglieder zu den noch nicht besetzten Vorstandsposten in Vorschlag bringen müssen. Das Lokal wird jedem Kollegen bekannt gemacht. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß in unseren Mitgliederversammlungen Nichtmitglieder keinen Zutritt haben. Zur Aufnahme von Mitgliedern sind jederzeit bereit die Kollegen Paul Schübel, Randesackerstraße 13, H. II, und Andreas Wischert, Pleicherpfarrgasse 5.

Mannheim, Februar 1902.

Eduard Eckardt.
S. 3. 10.

Der vierte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands

wird von der Generalkommission der Gewerkschaften für Montag, den 16. Juni, nach Stuttgart einberufen.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.).
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission und Berathung der Anträge, betreffend:
   a) Agitation (allgemeine);
   b) Agitation unter den Arbeiterinnen;
   c) Streikunterstützung und Streikstatistik;
   d) Reichs-Arbeitersekretariat;
   e) „Korrespondenzblatt“;
   f) Wahl und Organisation der Vertreter in der Sozialgesetzgebung.
3. Submissionswesen (Streikklausel).
4. Die Hausindustrie.
5. Die Thätigkeit und rechtliche Stellung der Arbeitersekretariate.
6. Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenversicherung.
7. Das Koalitionsrecht der Eisenbahner.
8. Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation.
9. Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte.
10. Berathung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Anträge zur Tagesordnung, oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 5. Mai 1902 an die Generalkommission einzusenden. Sämmtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutirt werden können.

Der Kongreß wird am 16. Juni 1902, Morgens 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 21. Juni tagen.

Zur Theilnahme an dem Kongreß sind sämmtliche Zentral-Organisationen und solche Lokal-Organisationen berechtigt, welche verhindert sind, sich zentral zu organisiren. In Zweifelfällen entscheidet der Gesammtausschuß. Ausgeschlossen von der Theilnahme an den Kongressen sind alle Gewerkschaften, welche ohne genügende Entschuldigung mit drei Quartalsbeiträgen im Rückstande sind.

Die Gewerkschaften sind berechtigt, für je 3000 Mitglieder einen Delegirten zu wählen. Kleinere Gewerkschaften wählen einen Delegirten. Wichtige Anträge entscheidet die Zahl der durch die Delegirten vertretenen Mitglieder.

Die Generalkommission der Gewerkschaften

veröffentlicht in der neuesten Nummer des „Korrespondenzblatt“ ihren Rechenschaftsbericht. Im Allgemeinen war die Arbeit auf den verschiedenen Thätigkeitsgebieten die gleiche wie in den Vorjahren. Nur die im vorigen Jahre erfolgten Wahlen der Vertreter der Arbeiter im Reichs-Versicherungsamt brachte eine außerordentliche Arbeit, welche sich auf die Zeit vom Januar bis August vorigen Jahres erstreckte. Die fortdauernde Steigerung der laufenden Einnahmen der Generalkommission ermöglichte es dieser, den Agitationskommissionen in den Außenbezirken größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Jahre 1900 betrug die Einnahme von Quartalsbeiträgen 61 044 Mk., im Jahre 1901 74 040 Mk. Es ist dies ein Beweis, daß die Zunahme von 99 954 Mitgliedern, welche die Gewerkschaften im Jahre 1900 aufgewiesen hatten, die Finanzkraft der Gewerkschaften im Jahre 1901 gestärkt hat. Nach dieser Beitragsleistung ist aufzuweisen, daß der Verlust an Mitgliedern im Jahre 1901 ein bedeutender nicht gewesen sein kann und die Beitragsleistung in den Organisationen eine regelmäßigere geworden ist.

Auch im letzten Jahre hat die Generalkommission einigen Organisationen Zuschüsse zur Agitation gewährt. Ferner übernahm sie die Kosten für eine Agitationstour im Weißenfelser Bezirk und in Mecklenburg.

Mehreren Anforderungen, zum Bau oder zur Miethung von Versammlungslokalen Mittel zur Verfügung zu stellen, konnte die Kommission nicht entsprechen. Nur in einem Fall wurde eine Summe für diesen Zweck zur Verfügung gestellt, weil die Verhältnisse an dem betreffenden Ort dringend geboten erscheinen ließen. Ebenso war es nicht angängig, alle die Gesuche um Gewährung von Mitteln zur Gründung und Erhaltung von Arbeiter-Sekretariaten zu bewilligen, weil die Vorbedingung, welche der Gewerkschaftskongreß für die von der Generalkommission zu gewährende Beihilfe als nothwendig voraussetzte, in den Orten, aus welchen die Anträge kamen, nicht gegeben war.

Nach den Erfahrungen, welche im letzten Jahre mit der praktischen Verwendung des von der Generalkommission gelieferten Materials für die Streikstatistik gemacht worden sind, ist das Material abgeändert und neu angefertigt worden. Die Vorbedingung für eine allen Anforderungen entsprechende Streikstatistik dürfte nunmehr gegeben sein. Wenn die Erhebungen noch nicht vollkommen ausfallen, so muß berücksichtigt werden, daß die Verwaltungsbeamten der Zweigvereine der Gewerkschaften sich erst die nöthige Uebung in der Benutzung des Erhebungsmaterials aneignen müssen. Es ist bestimmt darauf zu rechnen, daß nach Verlauf eines weiteren Jahres diese Uebung vorhanden sein dürfte und unsere Streikstatistik der Kritik Stand halten wird.

Die Generalkommission hatte sich mit einem Antrage zu beschäftigen, nach welchem eine periodische Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes im „Korrespondenzblatt“ gebracht werden sollte. Die Organisation, die nothwendig ist, um eine zuverlässige und genügend umfassende Berichterstattung auf diesem Gebiete zu sichern, würde aber finanzielle Aufwendungen erfordern, welche wahrscheinlich größer sind, als der Vortheil, der den Gewerkschaften aus einer solchen Berichterstattung erwachsen kann. Es sollte jedoch der Versuch gemacht werden, durch einheitliche, zu gleicher Zeit zu erstattende Berichte der Zentralvorstände einen Ueberblick über die Lage des Arbeitsmarktes zu gewinnen. Auf eine Umfrage erklärten aber nur 13 Vorstände, in der Lage zu sein, solche Berichte zu liefern, und ist der Plan als vorläufig gescheitert zu betrachten.

An fast allen Gewerkschaftskongressen und Generalversammlungen nahmen Mitglieder der Generalkommission als Vertreter der letzteren, oder als Delegirte ihrer Organisation Theil. Nur bei den Bauarbeitern, Bildhauern, Hutmachern, Fensterputzern, Masseuren, Zeichnern und auf dem internationalen Glasarbeiter-Kongreß war die Generalkommission nicht vertreten, weil entweder eine Aufforderung zur Delegation von den betreffenden Berufen nicht ergangen war oder ein Vertreter wegen anderweitiger Inanspruchnahme der Kommissionsmitglieder nicht entsandt werden konnte.

Auf der Konferenz der Blumen- und Federarbeiter sowie auf dem Kongreß der Zivil-Berufsmusiker, der Kürschner und der Fensterputzer erfolgte die Gründung eines Zentralverbandes der genannten Branchen. Die ersteren drei Verbände sind der Generalkommission angeschlossen, während der Verband der Fensterputzer nicht ins Leben getreten ist. Die Fensterputzer haben sich vielmehr dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter als Sektion angeschlossen und hat sich bereits ein Theil der Lokalvereine der Fensterputzer zu Gunsten dieses Verbandes aufgelöst.

Dem „Organisations-Komitee der Gewerbegerichts-Beisitzer“, welches auf einer Konferenz in Leipzig im Jahre 1900 gewählt war, sind seitens der Generalkommission die Mittel zur Verfügung gestellt, deren es zur Erledigung seiner Arbeiten bedurfte. Die Tragung der Unkosten für eine von dem Komitee in Aussicht genommene Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer wurde jedoch von der Generalkommission abgelehnt.

Die Auflage des „Korrespondenzblattes“ stieg von 10 900 Exemplaren im Dezember 1900 auf 12 100 Exemplare im Dezember 1901. Die Auflage des italienischen Blattes „L'Operaio Italiano“ hat sich im letzten Jahre nicht vergrößert. Den wiederholten Anträgen der Genossen aus den Bezirken, in welchen die polnische Sprache vorherrschend ist, gab der Gewerkschaftsausschuß schließlich nach und wurde am 1. April 1901 ein polnisches Organ „Oswiata“ (Erleuchtung) ins Leben gerufen. Die Einrichtung wurde in der gleichen Weise getroffen, wie bei „L'Operaio Italiano“, d. h. von den Herstellungskosten tragen die Verbände, welche das Blatt beziehen, zwei Drittel und die Generalkommission trägt ein Drittel. Das Blatt hat bisher eine Auflage von 3000 Exemplaren.

Die Einnahmen der Generalkommission betrugen im Jahre 1901 mit dem Bestande vom 31. Dezember 1900 in Höhe von 20 659 31 Mk. 118 865,04 Mk., die Ausgaben 70 145 Mk., sodaß in das Jahr 1902 ein Bestand von 48 720,04 Mk. übernommen werden konnte.

Aus den Gewerbegerichten.

Frankfurt a. M. Sitzung vom 23. Januar 1902. Der Fahrbursche Protzmann hat Klage gegen seinen Arbeitgeber Falkner erhoben, weil man ihn entlassen, ohne die festgesetzte Kündigungsfrist innezuhalten. Die Frau des Falkner begründet die Entlassung damit, daß der Kläger bisweilen die Milch zu spät zur Bahn transportirt hätte, was Protzmann bestreitet. Wie sich herausstellt, hat die Sache noch einen anderen Haken, den die Beklagte erst jetzt in Erfahrung gebracht hat. Protzmann mußte jeden Morgen die Milch herumtragen und dabei soll er angeblich Kundengelder veruntreut haben. Es wird sich dies ja in der nächsten Sitzung heraus eben, denn die Milchhändlerin muß einen ihrer Kunden mitbringen.

In der Sitzung vom 30. Januar konnte die Unterschlagung nicht erwiesen werden, ebenso sind die Verspätungen nicht als beharrliche Arbeitsverweigerung anzusehen. Es wurde Protzmann die eingeklagte Entschädigungssumme von 26 Mk. zuerkannt.

Mittheilungen des Zentralvorstandes.

Neue Verwaltungsstellen wurden gegründet in **Göppingen** am 12. Januar, als Bevollmächtigter fungirt Joh. Kohlhamer, Geislingerstr. 41; ferner in **Würzburg** am 26. Januar, Bevollmächtigter Paul Schübel, Randesackerstraße 17, H. II.

Mit kollegialem Gruß

Der Zentral-Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO.,
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. — Alle Gelder sowie Abrechnungen sind an den Hauptkassirer Kollegen Karl Kaßler, Berlin SO., Engelufer 15, einzusenden.

Litterarisches.

Die Sozialistischen Monatshefte (Administration: Berlin W., Lützowstr. 85A) haben soeben das Februarheft ihres 8. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalte desselben heben wir hervor: Paul Müller: Gefährliche Utopisterei. — Sadi Gunter: Bodenreform und Sozialismus. — Dr. Hugo Lindemann (C. Hugo):

Krise und Wohnungsverhältnisse. — Charles Loeser: Käthe Kollwitz. — Dr. Ernst Gystrow: Sozialformalismus und Kulturrealismus. — Dr. Eugen Losinsky: Das religiöse Problem im Sozialismus. — Rudolf Arbins: Der amerikanische Cigarettentrust in Dresden. — Fanny Imle: Die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau: Politik, von Richard Calwer. — Wirthschaft, von Max Schippel. — Sozialistische Bewegung, von Dr. L. Gumplowicz. — Gewerkschafts-Bewegung, von Heinrich Bürger. — Genossenschafts-Bewegung, von Gertrud David. — Soziale Kommunalpolitik, von Dr. Hugo Lindemann (C. Hugo). — Psychologie, von Dr. Ernst Gystrow. — Technik, von Dr. Heinrich Lux. — Bücher, von Dr. L. Gumplowicz. — Als Beigabe bringt das Heft ein charakteristisches Selbstportrait von Käthe Kollwitz. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., pro Quartal 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteure und Postanstalten (Postzeitungs-Katalog Nr. 7188), ferner direkt bei der Expedition der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W., 35, Lützowstraße 85 A. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kouvert.) Probehefte und Verlags-Kataloge gratis und franko.

Briefkasten.

Raummangels wegen mußten zurückgestellt werden Berichte aus: Berlin, Bielefeld, Breslau, Dresden, Leipzig, Fürth, Dessau, Wandsbeck, Potsdam, Nordhausen, Regensburg, Zwickau, Halle, Velten, Frankenthal, Braunschweig, Stettin, Lübeck und Chemnitz.

Veränderungen im Versammlungsanzeiger.

Elbing. Jeden zweiten Dienstag im Monat.
Bielefeld. Jeden zweiten Sonntag im Monat beim Wirth Hagemann.
Braunschweig. Jeden Montag nach dem 1. Außerdem für die Monate Oktober bis April jeden Sonntag nach dem 16., für die Monate Mai bis September jeden Montag nach dem 15. im Monat.

Achtung! Görlitz. Achtung!

Mittwoch, den 5. März, Abends 9 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei **Arlt**, Langenstraße 48.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Maskus. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest und Tanzkränzchen. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten.

Zahlreiches Erscheinen sämmtlicher Kollegen ist Pflicht. Neue Kollegen sind mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

Magdeburg.

Büreau: Stephansbrücke 38. Telephon: Nr. 276.

Am **Sonnabend, den 8. März**, Abends 8½ Uhr, im **Bürgerhaus**, Stephansbrücke 38:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Bender. 2. Abrechnung von unserem Stiftungsfest. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Einberufer.**

Achtung, Kollegen Lübecks!

Mittwoch, den 5. März, Abends 9 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im **„Vereinshause"**, Johannesstraße 50/52.

Referent ist unser Hauptkassirer Kollege **Kaßler** aus Berlin.

Zu dieser Versammlung muß seitens der Kollegen eine energische Agitation entfaltet werden.

Der Einberufer.

Dienstag, den 11. März, Abends 9 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im **Vereinshaus.**

In dieser Versammlung hält Kollege Stelling einen Vortrag über: **Die Transport-Arbeiter und die Gewerbe-Ordnung.**

Pflicht sämmtlicher Mitglieder ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Verwaltungsstelle Schiffbeck und Umgegend.

Am **Sonntag, den 9. März, Nachm. 4 Uhr**, findet im Lokale des Kollegen **Claus Schwarz, Schiffbeck**, Hamburgerstraße, eine

Versammlung

statt, in welcher Kollege Himpel aus Hamburg referiren wird. — Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

NB. Der hochwichtigen Tages-Ordnung halber ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen, sowie recht viele uns noch fernstehende Kollegen einzuführen. **D. O.**

Stettin.

Sonnabend, den 8. März, Abends 8 Uhr

Großer Maskenball

im Lokale des Herrn **Klöws**, „Stettiner Vereinshaus."

Eintritt: Für Mitglieder 75 Pfg, für Eingeführte 1 Mk., für einzelne Damen 25 Pfg.

Mitgliedsbuch legitimirt.

Eine gute Maskengarderobe ist im Lokale ausgestellt.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Das Komitee.

Velten i. d. Mark.

Sonntag, den 9. März, Nachm. 2 Uhr

General-Versammlung

bei **Siegmund Gericke.**

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Ortsverwaltung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen ist wegen der wichtigen Tages-Ordnung dringend nothwendig.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Fensterputzer Rheinlands und Westfalens.

Conferenz

am **1. Oster-Feiertag**, Nachm. 5 Uhr in **Elberfeld** im Lokale des Herrn **Otto Leithhäuser**, Ernststraße 45.

Tages-Ordnung:

1. „Die wirthschaftliche Lage in unserem Beruf." Referent: Kollege Schröder-Berlin. 2. Werth und Nutzen des Arbeitsnachweises und wie stellen sich die Kollegen zur Gründung eines Zentral-Arbeitsnachweises für unseren Beruf? Referent: Kollege Dettmering-Elberfeld. 3. Agitation und Organisation. Referent: Kollege Schumann-Berlin. 4. Anträge der Delegirten.

Die Delegirten werden ersucht, am Steinbecker Bahnhof auszusteigen. Das Empfangs-Komitee hat rothblaue Abzeichen.

Gau Rheinland und Westfalen.

Gau-Conferenz

am **1. Oster-Feiertag**, Mittags 1 Uhr, in **Elberfeld** im Lokale des Herrn **Otto Leithhäuser**, Ernststraße 45

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Gau-Vorstehers. 2. Bericht der Verwaltungsstellen. 3. Wie betreiben wir in der Zukunft die Agitation? Referent: Oswald Schumann-Berlin. 4. Die Bestrebungen und Ziele der Lokalvereine. Referent: Kollege Grabbe-Elberfeld. 5. Anträge der Delegirten.

NB. Die Verwaltungsstellen werden ersucht, in ihrer nächsten Versammlung Stellung zur Conferenz zu nehmen, sowie die Wahl der Delegirten zu vollziehen. Die Namen der Delegirten sind sofort dem Gau-Vorsteher, Kollegen Dettmering, Alsenstraße 52, mitzutheilen.

Rheinland-Westfalen.

Oeffentliche Versammlungen

in

Bielefeld am **Sonnabend, den 22. März**,
Hamm am **Sonntag, den 23. März**, Vorm. 11 Uhr,
Bochum am **Sonntag, den 23. März**, Abends 6 Uhr,
Dortmund am **Montag, den 24. März**, Abends 8½ Uhr,
Witten am **Dienstag, den 25. März**, Abends 8½ Uhr,
Elberfeld am **Charfreitag**, Vormittags 11 Uhr,
Barmen am **Charfreitag** Abends 5 Uhr,
Köln a. Rh. am **Dienstag, den 1. April**, Abends 8½ Uhr.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Die Entwickelung im Handels- und Transportgewerbe. Referent: Kollege Schumann aus Berlin.

Kollegen, sorgt für zahlreichen Besuch.

Die Gauleitung.

Suhl i. Th.

Sonntag den 9. März 1902

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Maxlinl. — 2. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Wandsbeck.

Am **Mittwoch, den 5. März, Abends 9 Uhr**, bei **Aug. Kehn**, Sternstraße 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Gewerkschafts-Kartell. 2. Wie verhalten wir uns zu der Aufnahme von Wandsbecker Kollegen in Hamburg. 3. Unser Stiftungsfest. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung ist es erwünscht, daß alle Mitglieder erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Dresden.

Donnerstag, den 6. März 1902:

Versammlung für Fensterputzer

in **Merkels Restaurant** zum **Bürger-Grün**, Altmarkt.

Tages-Ordnung:

1. Warum müssen wir uns organisiren? Referent: Kollege Otto Richter-Chemnitz. 2. Berufliche Angelegenheiten.

Zu jedem Punkte freie Aussprache

Anfang 8 Uhr Abends.

Der Einberufer.

Restaurant Wartburg.

Dresden-A., Gerbergasse 5.

Verkehrslokal für Kutscher, Markthelfer rc.

Vorzüglicher Mittagstisch,
bestgepflegte Biere bei zivilen Preisen.

Einer geneigten Beachtung hält sich bestens empfohlen

Max Scheinpflug.

München.

Samstag, den 8. März 1902, Abends 8 Uhr:

Monats-Versammlung

im Restaurant **„Hall Armi"**, Frauenplatz 6.

NB. Mit wichtiger Tages-Ordnung.

Die Ortsverwaltung.

Breslau.

Sektion der Speditionskutscher und Arbeiter, sowie der Hürdlerkutscher.

Sonntag, den 9. März, Abends 7½ Uhr

Versammlung

im **Gewerkschaftshause**, Saal Nr. 2, 1. Etage.

Mittwoch, den 12. März, Abends 8 Uhr

Oeffentliche Versammlung

für Hausdiener rc.

im **Gewerkschaftshause**, Saal Nr. 2, 1. Etage.

Tages-Ordnung:

1. Der 6 Uhr-Postschluß. 2. Berufsangelegenheiten.

Die Verbandsmitglieder werden ersucht, recht lebhaft für den guten Besuch der Versammlung zu agitiren.

Die Ortsverwaltung.

Ueber die Firma **Villeroy & Boch**, Fabriklager und Versandt von Porzellan, Glas und Steingutwaaren, ist auf einstimmigen Beschluß der letzten Mitglieder-Versammlung **die Sperre verhängt worden.**

Organisirte Packer und Kutscher dürfen dort nicht in Arbeit treten. **J. A.: Die Ortsverwaltung.**

Dresden.

Sonnabend, den 8. März 1902:

Markthelfer-Versammlung

im **Gasthaus zum Feuefelder**, Kaulbachstr. 16 (Saal).

Tages-Ordnung:

1. Der 6 Uhr Post- und 8 Uhr-Ladenschluß in seiner Bedeutung für die Markthelfer, Packer rc. 2. Berufliches, Debatte.

Einlaß ½9 Uhr. Anfang punkt ½10 Uhr.

Dresden.

Leider haben wir schon seit längerer Zeit die Wahrnehmung machen müssen, daß ein Theil unserer Mitglieder mit den Beiträgen zum Widerstandsfonds erheblich im Rückstande ist. Behufs einer genauen Kontrolle sind die Hilfskassirer angewiesen, sämmtliche Mitgliedsbücher einzuziehen und bei der nächsten Zeitungsausgabe zurückzubringen. **Wir bitten dringend, den Hilfskassirern die Mitgliedsbücher auszuhändigen.**

Beschwerden irgend welcher Art sind an die Kollegen Oskar Höfer, Röhnitzgasse 20b III oder Max Richter, Reitbahnstraße 16, Hinterh. part., mündlich oder schriftlich zu richten.

Dieselben sind verpflichtet, über jede Beschwerde ein Protokoll aufzunehmen, diese Angelegenheit zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten.

Beschwerden, welche sich hierdurch nicht erledigen, sind an den Zentralvorstand bezw. Ausschuß zu richten.

Alle Beschwerden, welche an bezeichneter Stelle nicht angebracht, werden als solche nicht betrachtet.

Ortsverwaltung Dresden.

Achtung, Kollegen Wilhelmsburg-Hamburg!

Bericht der Kommission.

Die Kommission theilte mit, daß folgende 18 Kutscher nicht organisirt sind: H. Busch & Busch, J. Wilkow, Sanitas, H. Hinrichs, J. Sievers, C. Pänjer, Ivers, Biergeschäft Krause, Biergeschäft Kulow, Chemische Wollkämmerei Neiherstieg, Brodgeschäft Cordes, H. Meyer.

Achtung! Hamburg. Achtung!

Empfehle meine

Gastwirthschaft

mit großem Clubzimmer, zwei Kegelbahnen

allen meinen werthen Kollegen.

Hermann Tiesch
Wandsbecker Chaussee 244.

Sterbetafel des Verbandes.

Gestorben sind:

In **Leipzig** die Kollegen **Franz Hanschild** und **Franz Schachtzyn.**

In **Breslau** die Kollegen **August Böhm** und **Karl Koziol.**

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: O. Schumann, Berlin. — Druck: Maurer & Dimmick, Berlin S., Lousen-Ufer 11.